

P r o t o k o l l

über die 12. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 27. November 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungsaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrath

Mag. Gerhard Klausberger

Johann Manetsgruber

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Ernst Platzer

Erna Probst

Franz Ramoser

August Schlager

Gertrude Schreiberhuber

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremml

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Dr. Kurt Schmidl

Techn. Direktor TOAR Ing.

Wolfgang Wein

OAR Helmut Riedler

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Ha-2079/86	Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung eines Kostenbeitrages für den Christkindlmarkt.
Ha-3202/86	Renovierung kirchlicher Ensembles in Steyr; Dachsanierung und Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche.
Ges-3461/76	Bestandsaufnahme von gemeindeeigenen Gebäuden durch die Technische Universität Wien.
GHJ2-2794/86	Volksschule Gleink; Instandsetzungsarbeiten.
GHJ2-2968/86	Kindergarten Plenklberg; Neuverlegung der Trinkwasseranschlußleitung.
GHJ2-4194/85	Schloß Engelsegg; Instandsetzungsarbeiten.
GHJ2-4699/86	Objekt Gleinker Hauptstraße 12; Sanierungsarbeiten.
Ha-6882/86	Betreuung des Vogelhauses im Schloßpark; Refundierung der Futterkosten.
En-6022/86	Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Kegelprielstraße.
ÖAG-6815/86	Mehrzweck-Lkw des Städt. Wirtschaftshofes; Ankauf einer Ladepritsche.
Städt. Wi-Hof	
FW-6846/86	Austausch von Sirenen in der Bahnhofstraße, Leharstraße und Steiner Straße.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Spa-6331/80
Präs-685/81
Stadtgemeinde Steyr als Haftungsgemeinde der Sparkasse Steyr; Entsendung der weiteren Mitglieder in den Sparkassenrat.
- 2) Präs-784/86
Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1986.

- 3) Bau5-3360/86 Sportanlage Rennbahn; Vergabe von Lieferungen und Arbeiten.
- 4) K-6711/86 Altes Theater, Steyr, Promenade 3; Brandschutzordnung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 5) Ha-5000/85 Nachtragsvoranschlag 1986.
- 6) Bau6-4090/82 Hauptsammler E-Sierning, Pumpwerk H; elektrotechnische Ausrüstung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 7) SH-3303/86 Zentralaltersheim der Stadt Steyr; Regulierung der Heimkostensätze.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 8) Bau4-5240/85 Neubau Museumssteg und Schloßbleitenweg; Nachtragsangebot Nr. 1; Errichtung eines Stiegenaufganges zum Schloß Lamberg; Ergänzung des GR- Beschlusses vom 26. 6. 1986.
- 9) Bau4-7380/83 Neubau der Direktionsbrücke; Nachtragsangebot Nr. 2; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 6. 2. 1986.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 10) Bau6-6076/86 Errichtung der Anschlußkanäle NS C 1, Haratzmüllerstraße NS C 1, C 1 - S 1, NS 8, C 3 - S 86, NS 9, C 4 - S 93, Projektsgbiet Fischhub - Plenklberg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 11) ÖAG-3945/86 Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1985.
- 12) ÖAG-4925/81 Stadtwerke Befristete Arbeitspreissenkung für Erdgas durch die OÖ. Ferngas GesmbH; neuerliche Senkung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer des Gaswerkes Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 13) ÖAG-6824/86 Errichtung eines Pensionistenwohnhauses auf der Ennsleite, Grundstück 62/12 Kat. Gem. Jägerberg; Grundverkauf.
- 14) Wa-4125/73 Grundinanspruchnahme für die Erweiterung der Mülldeponie; Abschluß eines Tauschvertrages mit den Ehegatten Paulmayr und Frau Hermine Schedlberger.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung und darf feststellen, daß die Einladung statutengemäß und ordnungsgemäß ergangen und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Für die heutige Sitzung ersuche ich Herrn Gemeinderat Enöckl und Herrn Gemeinderat Wieser um Übernahme der Protokollprüfung. Beide Herren sind damit einverstanden, danke.

Entschuldigt für heute haben sich die Gemeinderäte Lang, Rohrauer und Wallner.

Zur Behandlung von Anfragen darf ich mitteilen, daß mir solche nicht vorliegen. Es wurde mir heute eine Anfrage von Herrn Gemeinderat Ramoser übergeben. Die Beantwortung erfolgt gemäß § 11 Abs. 3 StS in der nächsten Sitzung.

Unter den Mitteilungen des Bürgermeisters habe ich heute nur einige kurze Hinweise vorzubringen, und zwar anbetrachts des Umstandes, daß die letzte Gemeinderatsitzung erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit stattgefunden hat. Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr über den Monat Oktober 1986 ergibt sich folgendes:

Mit 2.041 Arbeitslosen (1.168 Männer und 873 Frauen) waren Ende Oktober um 48 Personen (2,3 %) weniger gemeldet als Ende September 1986. Diese Zahl entspricht einer Arbeitslosenrate von 5,3 %. Bei den männlichen Vorgemerkten war der Stand im Vormonat um 10 Personen höher, bei den weiblichen um 38. Bei den Männern ist die Lage innerhalb der einzelnen Berufe ziemlich stabil, bei den Frauen hingegen ist im Bürobereich wieder die größte Abnahme festzustellen: von 172 sank der Vorgemerktenstand auf 153, das sind um 19 oder 11,0 % weniger. Lediglich im Dienstleistungsbereich am weiblichen Sektor ist eine Steigerung gegeben. Im Jahresvergleich ergeben sich auch für den Oktober die schon gewohnt schlechten Zahlen: 1986 waren um 404 mehr Arbeitslose gemeldet als 1985. Diese Steigerung bedeutet eine Zunahme von 24,7 %, wobei der Großteil (336) auf Männer und hier wiederum auf die Produktionsberufe (+ 268) entfällt. Auf Grund der für die kommenden Monate zu erwartenden Entwicklung am Arbeitsmarkt ist zu befürchten, daß sich die geschilderte Situation weiter verschärft und somit besonders am Arbeitsmarkt für Männer größte Schwierigkeiten auftreten werden. An der Lage der Metallwirtschaft war keine Änderung zu bemerken. Die Freistellungen der Fahrzeugindustrie überschatten weiterhin alle positiven Aspekte und es ist auch noch kein Ende der momentanen Situation abzusehen. Die Bauwirtschaft ist weiter relativ gut ausgelastet: der drohende Wintereinbruch treibt oft zur Fertigstellung angefangener Projekte. Deshalb sind im Baubereich derzeit 29 Stellen gemeldet. Saisonbedingt wird jedoch spätestens im Dezember die Zahl der freigestellten Bauarbeiter wieder kräftig steigen. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen noch mitteilen, daß bezüglich des Sonderförderungsprogrammes leider noch keine Entscheidung getroffen ist. Ich habe Kontakt und Verbindung mit Herrn Bundesminister Dr. Streicher und mit Herrn Landesrat Leibenfrost aufgenommen. Es ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit - das haben mir beide Seiten bestätigt - mit einem positiven Abschluß zu rechnen ist. Gewisse Verzögerungen werden natürlich durch die Situation auf Bundesebene, die politische Situation auf Bundesebene, zu erwarten sein. Weiters möchte ich Ihnen mitteilen, daß am 21. 11. 1986 - das ist eine überaus erfreuliche Mitteilung - die Fa. Kraml in Steyr ihren Betrieb in Steyr offiziell eröffnet hat. In diesem Betrieb sind derzeit bereits rund 140 Beschäftigte tätig. Es war ja eine Reihe von Mitgliedern des Gemeinderates bzw. Stadtsenates bei dieser Eröffnung anwesend. Ich glaube, daß wir froh sein dürfen, daß sich dieser Betrieb in Steyr niedergelassen hat.

Außerdem darf ich mitteilen, daß seitens des Bundes in der Zwischenzeit der noch immer offene Betrag im Zusammenhang mit der Abhaltung der Arbeitstagung der Bundesregierung zu Beginn 1985 überwiesen wurde. Dieser Betrag wurde von

uns mehrmals angefordert und dieses Problem ist damit als erledigt anzusehen.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß vergangenen Montag mit dem Bau des Pensionistenwohnhauses in Münichholz begonnen wurde. Bekanntlich werden in diesem Bereich 52 Pensionistenwohnungen errichtet. Der Bauauftrag erging an eine Arbeitsgemeinschaft, und zwar an die Arbeitsgemeinschaft Beer & Janischofsky und Hamberger.

Soweit meine Mitteilungen und ich bitte Sie um Kenntnisnahme

Zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS darf ich darauf hinweisen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im ersten Antrag darf ich Sie bitten zuzustimmen einem Beschluß, der die Entsendung von Steyrerinnen und Steyrern in den neuen Sparkassenrat beinhaltet. Mit Schreiben vom 4. September 1986 teilt die Direktion der Sparkasse Steyr mit, daß die Funktionsperiode des derzeitigen Sparkassenrates mit der Sitzung, in der der Jahresabschluß 1985 beschlossen wird, endet. Etwa zum gleichen Zeitpunkt muß die konstituierende Sitzung des neuen Sparkassenrates abgewickelt werden, dessen Funktionsperiode sodann bis etwa 1991 dauern wird. Gemäß § 15 der Satzung für die Sparkasse Steyr besteht der Sparkassenrat aus dem Bürgermeister der Haftungsgemeinde Steyr als Vorsitzenden und aus 19 weiteren Mitgliedern, von denen 14 von der Haftungsgemeinde Steyr, 3 von der Haftungsgemeinde Sierning und 2 von der Haftungsgemeinde Garsten entsendet werden sowie aus den vom Betriebsrat entsendeten Mitgliedern. Das Statut für die Stadt Steyr enthält keine Bestimmung, in der die Wahl von Vertretern der Stadt in Organe außerhalb der Gemeinde geregelt ist. Die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen haben jedoch für diesen Fall vereinbart, bei der Zuteilung der zu vergebenden Sitze das d'Hondtsche Wahlverfahren zur Anwendung kommen zu lassen.

Aufgrund dieser Umstände darf ich Ihnen nun den Antrag zur Verlesung bringen:

1) Spa-6331/80

Präs-685/81

Stadtgemeinde Steyr als Haftungsgemeinde der Sparkasse Steyr; Entsendung der weiteren Mitglieder in den Sparkassenrat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 6. November 1986 werden von der Stadtgemeinde Steyr als Haftungsgemeinde in den Sparkassenrat der Sparkasse Steyr als weitere Mitglieder folgende Personen entsendet:

1. Geschäftsführender Vizebürgermeister Leopold Wippersberger, Sachgebietsleiter in den Steyr-Werken, geb. 18. 5. 1926, wohnhaft 4400 Steyr, Karl-Punzer-Straße 4

2. Stadtrat Rudolf Steinmaßl, Möbelhändler, geb. 2. 4. 1929, wohnhaft 4400 Steyr, Wolfenstraße 20 b

3. Schützner Johann, Installateurmeister, geb. 28. 2. 1945, wohnhaft 4400 Steyr, Johann Puch-Straße 25

4. Rudolf Kuffner, Malereibetrieb-Geschäftsführer, geb. 13. 4. 1937, wohnhaft St. Ulrich 381
5. OAR Helmut Riedler, Magistratsbeamter, geb. 24. 6. 1938, wohnhaft 4400 Steyr, Resselstraße 16
6. Peter Bittner, Kaufmann, geb. 21. 1. 1947, wohnhaft 4400 Steyr, Kleinramingstraße 2 a
7. Gstöttner Klaus, kaufm. Angestellter, geb. 8. 12. 1941, wohnhaft 4400 Steyr, Klingschmiedgasse 24
8. Dr. Kurt Schmidl, Magistratsbediensteter, geb. 29. 5. 1956, wohnhaft 4400 Steyr, Taschelried 13
9. Othmar Stellnberger, Parteisekretär, geb. 3. 5. 1939, wohnhaft 4400 Steyr, Steinbrecherring 23
10. Gemeinderat Direktor Dkfm. Mag. Helmut Zagler, Direktor der Handelsakademie, geb. 30. 12. 1945, wohnhaft 4400 Steyr, Steinbrecherring 18
11. Gemeinderat Rudolf Pickl, Buchhalter, geb. 5. 5. 1942, wohnhaft 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 2
12. Gemeinderat Wolfgang Wieser, Kfz-Mechanikermeister, geb. 26. 9. 1951, wohnhaft 4400 Steyr, Haratzmüllerstraße 76
13. OSR. Dr. Kurt Wabitsch, Magistratsbeamter, geb. 12. 4. 1928, wohnhaft 4400 Steyr, Promenade 12
14. Wilhelm Nothhaft, Kaufmann i. R., geb. 10. 5. 1924, wohnhaft 4400 Steyr, Enge Gasse 31.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Werter Gemeinderat!

Die GAL Steyr ist aus prinzipiellen Gründen gegen jede Form der Ämterkumulierung und stimmt daher gegen diesen Antrag. Herr Bürgermeister, ich frage Sie, ist die Entsendung mit einer finanziellen Abgeltung verbunden. Wenn ja, wie hoch ist diese? Außerdem wurde ein zweiter Antrag gestellt, gemäß § 1 Ziff. 2 des Unvereinbarkeitsgesetzes in seiner derzeitigen Fassung ist die Funktion eines Vizebürgermeisters oder eines Mitgliedes des Stadtsenates unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Sparkassenrat. Gesetzlich ausgenommen ist der Bürgermeister. Allerdings besteht im § 5 Abs. 1 Ziff. 2 des Unvereinbarkeitsgesetzes die Möglichkeit, eine Ausnahme zu statuieren, wenn der Stadtsenat erklärt, daß die Tätigkeit im Interesse der Gemeinde gelegen ist. Ich frage Sie, Herr Bürgermeister, was heißt in diesem Fall Interesse der Gemeinde?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu darf ich sagen, daß ein Interesse der Gemeinde insofern vorhanden ist, als die Stadtgemeinde Steyr Haftungsgemeinde der Sparkasse Steyr ist, das heißt, daß die Gemeinde Steyr mit ihrem Vermögen auch für die Entwicklung der Sparkasse haftet. Nicht nur die Gemeinde Steyr, sondern auch die Gemeinde Sierning und die Gemeinde Garsten. Das sind die 3 Haftungsgemeinden, die dafür verantwortlich sind.

Ich darf dazusagen, daß die Entsendung ehrenamtlich ist, daß es wohl ein Sitzungsgeld gibt, aber kein ständiges Honorar. Es gibt also Sitzungsgelder bei der Sparkasse Steyr so wie bei anderen Gremien auch. Ich darf noch darauf hinweisen, Herr Ramoser, daß Sie sich die Gesetze ein bißchen anschauen, das ist eine gesetzliche Bestimmung, nach der wir uns hier richten. Es gibt

hier die gesetzliche Bestimmung und den Gesetzesauftrag und auch Statuten der Sparkasse Steyr, die genau vorschreiben, wie wir als Stadt vorzugehen haben. Ich bitte Sie, sich diese Dinge anzuschauen. Wir haben gegen kein Gesetz oder gegen irgendwelche Weisungen verstoßen. Ich bitte Sie um die Zustimmung.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Bitte eine Zusatzfrage. Wie hoch ist das Sitzungsgeld und was heißt Interesse der Stadtgemeinde, wenn 2 Personen, nämlich Vizebürgermeister Leopold Wippersberger und Stadtrat Rudolf Steinmaßl, vom Unvereinbarkeitsgesetz ausgenommen werden?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das Interesse der Stadtgemeinde habe ich schon erklärt. Die Stadt Steyr ist, das kann ich nicht anders erklären, Haftungsgemeinde. Das heißt, daß sie haftet für die Entwicklung der Sparkasse. Herr Ramoser, es ist selbstverständlich, wenn die Gemeinde für etwas haftet, daß auch Vertreter der Gemeinde dort verankert sein müssen. Statutenmäßig ist genau festgelegt, daß ein Drittel der Sparkassenratsmitglieder Gemeinderäte bzw. Funktionäre der Stadt Steyr bzw. der Haftungsgemeinden sein können. Deutlicher kann man das nicht mehr sagen. Wir haben auch andere Personen drinnen, aber es ist im Interesse der Stadt, daß auch Gemeindefunktionäre dorthin entsendet werden. Ich bitte Sie, sich die Gesetze entsprechend anzusehen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wer ist für den Antrag; Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GR Ramoser - GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten zuzustimmen der Verleihung von Rettungsverdienstmedaillen an verdiente Mitarbeiter des Roten Kreuzes. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) Präs-784/86

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr;
Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens wird an folgende Personen die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

In GOLD (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit): Franz Herber - seit 1961.
In SILBER (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit): Ferdinand Herbst - seit 1966; August Müllner - seit 1966.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung zur Vergabe von Lieferungen zum weiteren Ausbau der Sportanlage Rennbahn. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Bau5-3360/86
Sportanlage Rennbahn; Vergabe von
Lieferungen und Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 10. 1986, des Berichtes des Kontrollamtes der Stadt Steyr vom 20. 10. 1986 und der Stellungnahme des Stadtbauamtes vom 22. 10. 1986 werden im Zusammenhang mit der Errichtung der Sportanlage Rennbahn folgende Aufträge vergeben:

1. Bepflanzungsarbeiten an die Fa. Halbart-
schlager, Steyr, zum Preise von S 165.815,- exkl. MWSt.
2. Lieferung von Sport- und Pflegegeräten:
an die Fa. Schweiger, Wartberg, zum
Preise von S 16.060,- exkl. MWSt.
3. 1. Nachtragsanbot Fa. Beer § Janischofsky,
Steyr, zum Preise von S 244.032,20 exkl. MWSt.

Die Deckung der Mittel kann vorläufig bei dem mit Gemeinderatsbeschluß vom 26. 6. 1986 freigegebenen Mitteln in der Höhe von S 6,064.702,- gefunden werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Ramoser? Nein. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Enthaltung (GR Ramoser - GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im letzten Antrag bitte ich Sie, der Brandschutzordnung für das Alte Theater in Steyr, Promenade 3 zuzustimmen.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) K-6711/86

Altes Theater Steyr, Promenade 3,
Brandschutzordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 3. 11. 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Brandschutzordnung für das Alte Theater Steyr, Promenade 3, genehmigt (BEILAGE).

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Bericht und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte gleich Herrn Vizebürgermeister Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute zwei Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der erste meiner beiden Anträge ist sicherlich von besonderem Interesse, behandelt er doch den Nachtragsvoranschlag für das heurige Jahr. Er ist wie immer eine Zusammenfassung der von Ihnen gefaßten Beschlüsse, der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben für 1986. Wie üblich, ist auch diesmal wieder dem Nachtragsvoranschlag ein ausführlicher Amtsbericht beigegeben, aus dem die wichtigsten Veränderungen der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Haushaltsvoranschlag 1986 ersichtlich sind. Ich kann mich daher auch diesmal wieder relativ kurz fassen und mich in meinen Ausführungen auf mir besonders wichtig erscheinende Aussagen beschränken. Einleitend dieser meiner Betrachtungen muß ich leider feststellen, daß der Nachtragsvoranschlag 1986 im Gegensatz zum Nachtragsvoranschlag 1985, also jenem des Vorjahres, hinsichtlich der Einnahmenentwicklung nicht gerade als erfreulich bezeichnet werden kann. Konnte ich im vergangenen Jahr bei meinem Bericht zum Nachtragsvoranschlag 1985 mitteilen, daß wir mit Mehreinnahmen aus Steuern, Gebühren und Erträgen im Ausmaß von 26,3 Mill. S rechnen können, also um 5 % mehr als veranschlagt, so muß ich leider für das heurige Jahr die Mitteilung machen, daß wir lediglich mit Mehreinnahmen aus Steuern, Gebühren und Erträgen im Ausmaß von 6,2 Mill. S, das ist lediglich etwas mehr als 1 % der veranschlagten Summe, rechnen können. Diesen 6,2 Mill. Mehreinnahmen beim oH stehen aber Mehrausgaben von 26,5 Mill. S, das ist eine Erhöhung um 4,7 %, gegenüber. Um den oH dennoch ausgleichen zu können, muß eine bis an die Grenzen des möglichen schon echt besorgniserregende Rücklagenentnahme im Ausmaß von 20,3 Mill. vorgenommen werden. Eine Sache, wie sie bisher in diesem Ausmaß noch nie notwendig war. Vor einigen Jahren hatten wir auch nicht das Glück, den oH mit den normalen Einnahmen abzudecken, damals mußten wir lediglich 3 Mill. aus Rücklagen entnehmen. In den letzten Jahren wurde mir wiederholt bei den Budgetberatungen der Vorwurf gemacht, zu vorsichtig budgetiert zu haben, zu gering eingesetzt zu haben und ich habe in diesem Zusammenhang mehrmals darauf hingewiesen, daß unsere Einflußnahme auf die Einnahmenentwicklung insgesamt gesehen sehr gering ist. Insbesondere ist es äußerst schwierig, daß z. B. die Einnahmen aus der Gewerbesteuer richtig budgetiert werden können und daher äußerste Vorsicht am Platze ist. Im heurigen Jahr werden z. B. die Einnahmen aus der Gewerbesteuer auf Ertrag um voraussichtlich 16 Millionen niedriger zu liegen kommen als veranschlagt und unsere Gesamteinnahmen aus Steuern, Gebühren, Tarifen und Erträgen lediglich, wie schon von mir berichtet, um 1 % höher liegen als budgetiert. Diese doch eher sehr negative Entwicklung beim oH hinsichtlich der Einnahmen hat dann nicht nur zu der überaus schwerwiegenden Rücklagenentnahme beim oH geführt, sondern hat darüber hinaus auch beim aoH zu erhöhten Kreditaufnahmen geführt. Anstelle der im Budget 1986 vorgesehenen Darlehensaufnahme von 30 Mill. S werden wir zusätzlich 15 Mill. also insgesamt 45 Mill. S an Krediten aufnehmen müssen. 40 Mill. S davon wurden übrigens bereits vom Gemeinderat genehmigt. Nach diesen einleitenden und kurzen Feststellungen nun aber doch etwas konkreter zu den einzelnen wichtigsten Faktoren und Zahlen des Voranschlages bzw. Nachtragsvoranschlages. Der oH weist im Nachtragsvoranschlag 1986 eine ausgeglichene Summe in der Höhe von 584,630.000 S auf, um 26,552.000,- mehr als im Voranschlag vorgesehen war, die Summe betrug bekanntlich S 558,078.000,-. Diese Ausweitung des Volumens setzt sich, wie schon von mir erwähnt, aus tatsächlichen Mehreinnahmen in der Höhe von S 6,2 Mill. und aus der Rücklagenentnahme von 20,3 Mill. zusammen. Die wichtigsten Veränderungen bei den Einnahmen im einzelnen, aufgeteilt auf Haushaltsgruppen, finden Sie im Nachtragsvoranschlag auf Seite 4 und 5 in der Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgem eine Verwaltung), Seite 11 und 12 Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt), auf den Seiten 15 und 16 in der Gruppe 8 (Dienstleistungen) und insbesondere auf den Seiten 17 und 18 in der Gruppe Finanzwirtschaft. Hier stehen vor allem neben der schon erwähnten unerfreulichen Entwicklung hinsichtlich der Gewerbesteuer und der Rücklagenentnahme auch einige etwas erfreuliche Zahlen zu Buche, z. B. die Mehreinnahmen bei

den Bundesertragsanteilen im Gesamtausmaß von rund 3,3 Mill. ein Plus von jeweils 3 Millionen bei der Lohnsummensteuer und der Getränkesteuer, letzteres vermutlich hervorgerufen durch den lang anhaltenden heißen Sommer, ein Plus von gleichfalls 3 Millionen aus der Verzinsung von Darlehen an den Reinhaltungsverband und 2,6 Mill. als Refundierung bereits bezahlter Beträge aufgrund der Endabrechnung.

Die Ausgabenerhöhung beim oH im Ausmaß von 26,5 Mill. erhöht sich als Folge vermehrter Personalkosten, vor allem im Servicebereich im Ausmaß von 10,3 Millionen, durch vermehrte notwendig gewordene Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden, vor allem in den Schulen, Kindergärten und Horten mit mehr als 5,5 Millionen. 4,2 Millionen waren zusätzlich notwendig für vermehrte Zahlungsleistungen an das Land - es mußten zusätzlich 2,2 Mill. als Landesumlage, 0,9 Mill. für die Behindertenhilfe und 1,1 Mill. für die Krankenanstaltensprengel abgeführt werden. Der Winterdienst erforderte ein Plus von 3 Millionen und für einmalige im Budget nicht vorgesehene, aber notwendig gewordene Maßnahmen, wie z. B. die Erneuerung der Lichanlage im Stadttheater 1,1 Mill., die dringend notwendig gewordene Sanierung des Hauses der Begegnung in Gleink in Höhe von 1,4 Mill., die Sanierung des Schloßparkteiches S 800.000,-, erhöhte Zahlungen an den Reinhaltungsverband 1,4 Mill. und für die Erhöhung der Kreditzinsen für den Schuldendienst ist eine Summe von S 1,2 Mill. erforderlich. Dies, um nur die zahlenmäßig größeren Posten zu nennen.

Und nun zum aoH, der nunmehr mit 89,053.000,- ausgeglichen werden soll, er erfährt bei den Ausgaben eine geringfügige Reduzierung um rund 1,4 Mill. gegenüber dem Voranschlag und bei den Einnahmen eine notwendig gewordene Erhöhung im Ausmaß von etwas mehr als 22 Mill., um damit den Ausgleich zu schaffen. Die für die Deckung des aoH notwendigen Mehreinnahmen sind aber vor allem nur durch vermehrte Kreditaufnahmen möglich. Anstatt der im Budget vorgesehenen 30 Mill. wird, wie schon von mir erwähnt, es notwendig sein, insgesamt 45 Mill. S aufzunehmen. Das heißt, daß rund die Hälfte des aoH nur durch Darlehensaufnahme abgedeckt werden kann. Eine sehr bedauerliche Tatsache, erhöht sich doch auch damit unsere Gesamtverschuldung und als weitere Folge daraus der zu leistende Schuldendienst für die kommenden Jahre und das bedeutet eine weitere starke Belastung für die kommenden Haushaltspläne. Der nächste größte Faktor auf der Einnahmenseite des aoH sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gebäuden und Grundstücken im Gesamtausmaß von 26,5 Mill., um 9,5 Mill. mehr als veranschlagt war und schließlich, außer der auf 6,1 Mill. reduzierten Rücklagenentnahme aus Bedarfszuweisungen und Zuschüssen seitens des Landes, deren endgültige tatsächliche Höhe noch nicht exakt feststeht, es sind noch rund 6 Mill. S ausständig. Diese werden wahrscheinlich aber gerade dazu ausreichen, um das noch vorhandene Loch im aoH abdecken zu können. Diese insgesamt unerfreuliche Entwicklung auf der Einnahmenseite in diesem Jahr, ich konnte anhand der Monatsberichte die Entwicklung ja laufend verfolgen, haben uns veranlaßt, auf der Ausgabenseite beim aoH etwas Zurückhaltung zu üben und in einigen Bereichen Kürzungen und Zurückstellungen von im Budget angekündigten Maßnahmen vorzunehmen, z. B. der Erweiterungsbau der Hauptschule Ennsleite. Entgegengekommen ist uns in diesem Zusammenhang - auch das sei erwähnt - die Tatsache, daß einige im Budget vorgesehene baulichen Maßnahmen aufgrund des Fehlens gewisser Voraussetzungen nicht durchgeführt werden konnten. So z. B. die Ausgabe von 3 Mill. für die Sanierung des Josef-Lazarett. Die Pläne wurden eingereicht beim Land und Bund. Wir warten jetzt auf die Zusagen und ich glaube nicht, daß wir heuer noch damit rechnen können, diese zu erhalten bzw. daß wir heuer noch mit den baulichen Maßnahmen beginnen können. Kürzungen und ein Zurückstellen von im Budget vorgesehenen Maßnahmen sind notwendig geworden, um nicht noch zusätzlich weitere Schulden in größerem Umfang machen zu müssen, notwendig aber auch, da einige Baumaßnahmen insbesondere im Stadtteil Wehrgraben durch Planänderungen wesentlich höhere Kosten verursacht haben als im Budget veranschlagt, so z. B. wird der Neubau der

Direktionsbrücke, des Museumssteiges und des Schloßbleitenweges um insgesamt rund 10 Millionen höher zu liegen kommen als veranschlagt war. Für die Adaptierung der ehemaligen Frauenberufsschule in der Stelzhamerstraße zu einem Volksbildungszentrum werden zusätzlich 1,1 Mill. S, für den Bau der Sportanlage auf der Rennbahn weitere 1,8 Mill. S und für die restlichen Bauraten für die Erweiterungen von HAK und Frauenberufsschule S 3 Mill. Mehrkosten von 1,1 Mill. verursachte auch die Sanierung des Schlosses Engelsegg und rund S 900.000,- wurden zusätzlich als Beitrag für die Denkmalpflege gebraucht. Auch einige Straßenbauten sind wesentlich teurer zu stehen gekommen als ursprünglich veranschlagt, wie z. B. der Straßenbau im Wehrgraben um mehr als S 800.000,-, ebenso der weitere Ausbau der Steiner Straße in gleicher Höhe und ähnlich hohe Beträge für Straßenbauten in Christkindl und zu den neuen Wohnbauten am Dachsbergweg um, um nur einige zu nennen. Ähnlich verhält es sich auch bei einigen Kanalbauten und schließlich sei auch noch erwähnt, daß ein Betrag von etwas mehr als 1 Mill. für Rückersätze aus Einnahmen aus den vergangenen Jahren gebraucht wurde

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragsvoranschlag 1986, über den ich jetzt kurz referierte, zeigt hinsichtlich der Einnahmenentwicklung in diesem Jahr - das möchte ich nochmals betonen - kein erfreuliches Bild. Die derzeitige schwierige Wirtschaftslage der Steyr-Werke, dem dominierenden Betrieb unserer Stadt, spiegelt sich vor allem in Form geringerer Einnahmen im Stadthaushalt wieder. Ich ersuche Sie nicht nur heute, sondern auch in einigen Wochen, wenn der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr behandelt wird, bei allen Überlegungen diese Tatsache zu berücksichtigen und um Ihr Verständnis, wenn die eine oder andere Voranschlagspost beim aoH 1986 nicht zur Durchführung kam - aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und in diesem Sinne darf ich nunmehr den vorliegenden Antrag in Kurzform zur Verlesung bringen.

5) Ha-5000/85

Nachtragsvoranschlag 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12. 12. 1985, Ha-5000/85, womit der Voranschlag 1986 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1986 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von S 558,078.000,- auf	S 584,630.000,--
die Gesamtausgaben von S 558,078.000,- auf	S 584,630.000,--

S -

=====

b) die Reineinnahmen von S 519,588.000,- auf	S 546.140.000,--
die Reinausgaben von S 519,588.000,- auf	S 546,140.000,--

S -

=====

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 66,955.000,- auf	S 89,053.000,--
die Gesamtausgaben von S 90,480.000,- auf	S 89,053.000,--

S -

=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. 12. 1985 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1986 bleiben unverändert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seinen Vortrag. Der Antrag steht zur Diskussion. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich kann mir vorstellen, daß Dir, Kollege Wippersberger, beim jetzigen Vortrag des Nachtragsvoranschlages nicht recht wohl zumute war. Ich glaube, daß keinem hier im Raum wohl zumute war, als sie die Zahlen präsentiert bekamen. Es bedeutet für uns an sich eine schlimme Enttäuschung der Nachtragsvoranschlag, weil wir ja, verleitet durch die Nachzahlung im vergangenen Jahr bei der Gewerbesteuer, uns im Glauben gewähnt haben, die Welt wäre heil, wir wären wie die Fettaugen auf der Suppe und könnten uns noch mit vielem Komfort im finanziellen Spielraum bewegen. Im Amtsbericht heißt es, im ordentlichen Haushalt ist sowohl eine Erhöhung der Gesamteinnahmen als auch der Gesamtausgaben vorgesehen. Natürlich ist sie vorgesehen, sonst wäre er ja nicht zu bedecken gewesen. Aber wo ist es denn passiert? Nicht etwa bei den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes, sondern bei den Ausgaben. Die Erhöhung der Einnahmenseite hilft dann wieder, den Haushalt auszugleichen.

Der ordentliche Haushalt ist zweitmals - auch das wurde von Dir schon korrekt angezogen - der Grund nachzudenken, wie weit wir mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ordentlich umgehen. Wir entdecken bei näherer Durchsicht des Zahlenwerkes, daß einige gravierende Punkte festzustellen sind. Darauf komme ich aber später noch zurück und möchte mich zunächst einmal auf die Einnahmen im ordentlichen Haushalt, soweit sie nicht ohnehin schon von Kollegen Wippersberger erwähnt wurden, - die Wiederholung möchte ich Ihnen allen ersparen, es sei denn, sie erscheint mir besonders wesentlich - beschränken.

Im Rechnungsabschluß 1985 waren die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes in der Gruppe 9 Finanzwirtschaft - das ist das Budgetkapitel, in dem sich im wesentlichen die finanzielle Gebarung der Stadt rekrutiert - mit 386 Mill. Schilling abgeschlossen. Der Nachtragsvoranschlag 1986 sieht eine Reduzierung dieser Einnahmen auf 384 Mill. S vor. Das wäre auf den ersten Blick nicht weiters tragisch, weil ja die Abweichung von 2 Mill. bei im ganzen 384 oder 386 Mill. nicht ganz so schlimm wäre. Jetzt kommt das Aber: Der Haushaltsausgleich, der da schon drinnen ist, ist durch die Rücklagenentnahme gewährleistet worden und das hat Kollege Wippersberger mit sehr großer Deutlichkeit und sehr großer Offenheit hier gesagt. Nur durch die Rücklagenentnahme war das möglich, die Haushaltsausweitung erfolgte also ausschließlich bei den Ausgaben, keineswegs aber bei den Einnahmen.

Schauen wir uns im Detail die Korrektur gegenüber dem Voranschlag 1986 in der Gruppe 9 an. Wir haben 17,7 Millionen Mehreinnahmen, 19,1 Millionen Mindereinnahmen und 20,2 Millionen Rücklagenentnahmen. Das ist die Realität, mit der wir umgehen müssen. Die Zahl bei den ausschließlichen Gemeindeabgaben aus der Gewerbesteuer. Die Einnahmenminderung um 16,5 Millionen Schilling wurde schon erwähnt, sieht momentan dramatisch und nach totalem Versagen der Wirtschaft aus, wenn nicht die Zahlenentwicklung aus den letzten Jahren man sich dabei vor Augen führen sollte. - 1980 hat die Gewerbesteuer nach Ertrag 32,7 Millionen erbracht, 1981, von uns mit großer Freude wieder durch eine Nachzahlung 55,0 Millionen. 1982 34,9 Mill., schlimm war es 1983, da waren es nur 25,2 Millionen. Im Standard war das Jahr 1984 mit 34,7 Mill. Ausgeglichen wurde die Enttäuschung des Jahres 1983 durch die Nachzahlung im Jahr 1985, wo wir uns sehr gefreut haben und alle miteinander auf die Schultern geklopft haben, daß es so gut gegangen ist, mit 55,0 Mill. Jetzt sind wir

wieder bei den 37 Millionen, die an sich der Standard wären. Wenn man das in der logischen Fortführung der Zahlen erkennt bei einer Wirtschaft, die sich, wie wir alle mit großer Besorgnis erkennen müssen, nicht dynamisch nach vorne entwickelt, sondern, wenn Sie sich die Umsätze der Handelsbetriebe z. B. anschauen, die ja doch im wesentlichen die ungesetzte Wirtschaftskraft unserer Bevölkerung bedeuten, im letzten Halbjahr erschreckend rückläufig sind. Das ist eine Tatsache, die wir bitte auch nicht verheimlichen sollten, weil man aus den Umsatzzahlen der Handelswirtschaft auch die Prognose in die Zukunft erkennen kann. Wie weit ist die Bereitschaft unserer Bürger, ihr eigenes Einkommen wieder umzusetzen oder wie weit ist die Besorgnis unserer Mitbürger schon gekommen, teilweise Konsumverzicht zu machen und auch für die Altersvorsorge Vorkehrung zu treffen. Das ist an sich gut und richtig und spricht für das Verantwortungsbewußtsein unserer Mitbürger, das sie das tun. Aber das offenbart uns in aller Deutlichkeit die Schlimme der Situation, in der wir jetzt leben. Die Schwierigkeit ist also nicht nur beim privaten Bürger, dessen eigene Finanzkraft entweder abnimmt, weil er Einkommenseinbußen zur Kenntnis nehmen muß, oder weil er Einkommensminderung im Vorsorgeweg stattgreifen läßt. Die offenbart sich ja auch in der öffentlichen Hand. Wenn wir eine Einkommensminderung als öffentliche Hand aus unseren ausschließlichen Gemeindeabgaben - und nur das klingelt direkt in unserer eigenen Kasse - zur Kenntnis nehmen müssen, so bedeutet das im Klartext für uns, daß unsere eigene Kraft schwindet. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Die Rücklagenentnahme erlauben Sie mir, daß ich auch etwas deutlicher übersetze. Wir leben also nicht mehr von der eigenen Kraft, sondern wir leben vom Erfolg vergangener Jahre - Klartext: wir zehren von unserer eigenen Substanz. Kollege Wippersberge hat sehr deutlich gesagt, daß das an die Grenze des Besorgniserregenden geht. Halten Sie sich, das werde ich später noch tun, die Rücklagenentwicklung bitte sorgsam vor Augen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir mit Begehrlichkeiten an die Gemeinde herantreten, wenn wir Vorstellungen erheben, daß das fast nicht mehr finanzierbar sein wird. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe jetzt wahrscheinlich schon die Budgetrede ein wenig vorweggenommen, aber nicht nur der zeitliche Konnex, sondern auch der ursächliche Konnex wird durchaus noch in den nächsten paar Minuten, wenn ich jetzt weiter spreche, zu beachten sein. Die eigene Substanz wird auch kommentiert durch den Schuldenstand. Ende 1985 hat unsere Stadt laut Rechnungsabschluß nicht ganz 446 Millionen Schulden ausgewiesen. Im Voranschlag 1987, das wissen Sie ja, wenn Sie die Voranschlagstechnik sich zu eigen gemacht haben, ist der Schuldenstand zum Ende des Rechnungsjahres des vorangegangenen, also nunmehr 1986, ausgewiesen. Dort sehen wir 489,9, also nicht ganz 490 Millionen. Das ist eine Zunahme von 10,98 - also nicht ganz 11 Prozent bei der Verschuldung. Wir verstehen Dich, Kollege Wippersberger, wenn Du Sorgenfalten bekommst bei dieser Entwicklung. Umgelegt auf unsere Einwohner bedeutet das, daß jeder Einwohner, vom Enkerl bis zum Großpapa, 5 12.800 Schulden hat. Eine Zahl, die im Vergleich mit anderen Städten, auch vergleichbaren Städten, noch immer erträglich erscheint. Aber die Tendenz, die eher sehr stark steigend sein wird, muß uns doch zur Sorgsamkeit Anlaß geben. Jetzt kommt aber noch ein Aber. Aber es kommt erst die wahrlich große Belastung auf uns zu! Wir haben uns alle furchtbar gefreut, daß wir im Rahmen der Entsorgungsanlagen unserer Stadt erhebliche Mittel über den Wasserwirtschaftsfonds und alle ähnlichen Finanzquellen bedecken können. Die große Belastung aus dem Reinhaltverband kommt erst auf uns zu. Die erste Welle haben wir jetzt erst heuer zu erkennen bekommen. Die Tilgungen werden mit dem heurigen Jahr wirksam, aber mit dem nächsten Jahr dramatisch wirksam. Dazu kommt der laufende Betriebsaufwand der Reinhaltverbandsanlagen, dazu kommt der personelle Aufwand, so daß in die primären Entsorgungsbedürfnisse und auch Versorgungsbedürfnisse unserer Bevölkerung ein erheblicher Anteil der Fi-

nanzkraft unserer Gemeinde aufzuwenden sein wird.

Wir haben Zinsendienst heute erwähnt bekommen durch die Einnahmen im Kapitel 9 - Kollege Wippersberger hat das angeführt - Zinsen des Reinhaltverbandes an die Stadtgemeinde für die stattgefundene Vorfinanzierung in eine Erhöhung um 3 Mill. Schilling. Momentan freuen wir uns über die 3 Mill. S., nächstes Jahr zahlen wir uns selbst 80 Prozent davon, weil nämlich das Kosten sind, die auf unseren Mitgliedsbeitrag umgewälzt werden und die Stadt zahlt eben etwa 80 Prozent der tatsächlichen Kosten im Rahmen der Mitgliedsbeiträge. Aus den erhöhten Schulden rekrutiert sich auch ein erhöhter Schuldendienst, der aber auch noch nicht in voller Dramatik wirksam ist, weil der Schuldendienst beim Wasserwirtschaftsfonds durch die verschobenen Tilgungen erst in einigen Jahren wirksam wird, laut Rechnungsabschluß 1985. Andere Schuldendienstzahlen sind zur Zeit nicht direkt überprüfbar, man könnte den Haushaltsvoranschlag 1987 zur Hand nehmen, nur ist das noch nicht abgeschlossen. Ich wollte also nur von konkreten Zahlen sprechen, und das sind 49,14 Millionen Schilling, bei sehr stark steigender Tendenz. Wie jeder, der mir bis jetzt aufmerksam zugehört hat, mir nur zustimmen kann.

Vergleichen wir nun den Schuldenstand zu den Einnahmen. Die Gesamteinnahmen abzüglich Vergütungen betragen 584,6 Millionen S. Die Vergütungen deshalb, weil es Durchlaufposten sind, die sollte man korrekterweise nicht mit hineinnehmen. Der Schuldenstand beträgt rund 490 Millionen, die Gesamteinnahmen einschließlich Vergütungen betragen 584 Millionen, die Vergütungen 38,5 Mill., so daß sich 546 Millionen als berechnete Gesamteinnahmen ergeben. Der Schuldenstand beträgt 1986 voraussichtlich nicht ganz 90 Prozent der bereinigten Gesamteinnahmen. Oder, wenn wir noch konkreter werden, müßten wir ja den Speck, den wir hineingebuttert haben, unseren eigenen Speck durch die Abmagerungskur von den 546 Millionen noch absaldieren. 584,6 minus 38,5 minus 20,3 ist 525,8. Setzen wir das in eine Beziehung zu den 490, so macht das schon 93,2 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Das ist der Schuldenstand. Wie würden wir einen Haushalt bezeichnen, der 93,2 Prozent seines Jahresgehaltes verschuldet ist? Diese Frage stelle ich in den Raum. Wie würden wir von einem privaten Haushalt erwarten, daß er sich verhält, wenn er nun diese Verschuldung schon mal erkennen muß? Ich glaube, ich brauche es selbst gar nicht beantworten, weil jeder von Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest die Antwort wird geben müssen, jedenfalls sehr sparsam. Unsere Familie, die diese Überschuldung zur Kenntnis nehmen muß, ist zurecht stolz auf ein Sparbuch, nur hat sie im heurigen Jahr das Sparbuch stark gerupft und es ist nicht einmal die Hälfte vom Sparbuchstand vorhanden. Wenn ich korrekt gerechnet habe, ist der in Summe Rücklagenbestand geschrumpft auf 18 Mill. S. Was das alles bei den zukünftigen Aufgaben, die auf uns zukommen, bedeutet, braucht auch nicht näher erwähnt zu werden. Kollege Wippersberger hat schon gesagt, es ist beinahe aus mit unseren Rücklagen. Die Aufgliederung der Rücklagenverwendung selber ist in Ordnung, weil damit ja die Haushaltswahrheit gewährleistet ist. Es wäre ja wahnsinnig bequem gewesen, den ordentlichen Haushalt aus der Rücklagenentnahme so zu budgetieren, daß sich eine Zuweisung an den außerordentlichen Haushalt noch ergäbe. Man könnte auf die Art eine Haushaltskosmetik betreiben. Ich bedanke mich beim Rechnungsdirektor und beim Finanzstadtrat Vizebürgermeister Wippersberger, daß diese Kosmetik nicht stattgefunden hat. Durch diese korrekte Budgetierung wird es ermöglicht, uns selbst vor Augen zu halten, was wir alles mit der Großzügigkeit - dabei nehme ich meine Partei nicht aus - Richtung Begehrlichkeit in finanzieller Hinsicht anstellen. Die Quelle für den ordentlichen Haushalt haben wir in der Gruppe 9 Finanzwesen gefunden und die zweite Quelle für den ordentlichen Haushalt ist in der Gruppe 8 zu finden, Dienstleistungen, Gebühren, Mieten, Pachtzinse. Die Kanalananschlußgebühr ist um 1,75 Millionen weniger geworden. Die Müllabfuhr-

gebühr um 1 Million mehr, die Leistungserlöse für den Wirtschaftshof um 1,2 Mill. mehr. Aber darüber darf man sich auch nicht allzusehr freuen, das hat sich die öffentliche Hand in der Regel in die eigene Tasche bezahlt. Auf der einen Seite also Freud, aber der anderen Seite Leid. Der Wirtschaftshof, Kollege Sablik lacht, kann einen guten Wirtschaftserfolg durch diese Mehreinnahmen dokumentieren, auf der anderen Seite bedeutet das, daß der Reinhaltverband durch den Klärschlammtransport oder durch die anderen Ersätze der allgemeinen Verwaltung die öffentliche Hand die Kosten im wesentlichen selbst bezahlt hat. Die Gebäudevermietung für Wohnzwecke hat eine halbe Million Schilling mehr eingebracht. Das ergibt sich aus den Neuvermietungen im laufenden Wirtschaftsjahr, weil nach dem Mietengesetz eine Tarif-Mietenanpassung erfolgen kann im Falle der Neuvermietung. Per Saldo hat sich aus der Gruppe 8 Dienstleistung ergeben eine Ausweitung von 80,1 Millionen Einnahmen auf 82,1 Mill. S. Daß sich die Gewerbesteuer besorgniserregend entwickelt, wurde schon gesagt. Der langfristige Trend der Gewerbesteuer dürfte sich also etwa bei den 34, bis jetzt 37 Millionen, einpendeln. Ich bin fest überzeugt, daß wir in ein bis zwei Jahren wieder einmal ein wenig jauchzen werden, weil es dann eine Nachzahlung ergibt. Wir müßten also bei unseren Prognosen - Kollege Schmidl macht das sicher auch. Ich muß ihm übrigens gratulieren, ich habe einige Gespräche mit ihm gehabt und ich hoffe, Dr. Schmidl, daß ich Dich jetzt nicht inkriminiere, daß Du mit einem Schwarzen gesprochen hast. Ich habe einige Gespräche mit ihm gehabt, wo ich ihm das Kompliment durchaus nicht versagen möchte, denn ich finde, er verdient es sich, daß das in der Öffentlichkeit gemacht wird, daß er sich unerhört viele Gedanken macht um die Prognostizierung der Budgets, und daß diese Gedanken sehr realistische Gedanken sind. Diese Erwähnung möge mir bitte auch gestattet sein.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist zweifellos nicht zu übertriebenem Frohlocken veranlassend, sie macht nunmehr schon weniger als die Hälfte der Lohnsummensteuer aus mit 76 Mill. S. Nur damit nicht aus der linken Ecke wieder der Hinweis kommt, also zahlen es die Arbeitnehmer, in Wahrheit ist die Lohnsummensteuer genau so eine Unternehmenssteuer wie die Gewerbesteuer - also zahlen sie doch die Unternehmungen. Die Getränkesteuer im Vergleich dazu beträgt schon 60 Prozent der Gewerbesteuer.

Ich habe zum Rechnungsabschluß 1985, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gesagt, wenn die Luft dünn ist, muß man sich den Atem einteilen. Bei Ansicht des oH kommt noch eine zusätzliche Diagnose dazu, nunmehr hat unser Bergsteiger auch noch Bronchitis. Es ist also der Atem auch noch knapp geworden. Wir haben wenig therapeutische Mittel zur Behebung dieser Bronchitis in der Hand. Die Hoffnung bei der Gewerbesteuer und auch bei der Lohnsummensteuer kann allenfalls nicht groß sein.

Die Ausgaben des oH, die eigentliche Quelle der heutigen Enttäuschung, finden in erster Linie bei der Position Personal mit immerhin 10,2 Mill. ihren Niederschlag. Die Personalkosten erstellen sich jetzt auf 212 Mill. S, das sind bitte 38,2 Prozent der Reineinnahmen, der berechtigten Reineinnahmen mehr über 50 Prozent. Die Aufgliederung dazu haben wir im Zahlenwerk gefunden. Wenn wir die Pensionen und Ruhegenüsse noch dazurechnen, so kommen wir auf 250,5 Mill. S, das sind 45,8 Prozent der Reineinnahmen oder 62,6 Prozent der berechtigten Reineinnahmen.

Das Zentralaltersheim beschwert uns mit Mehrkosten im Nachtragsvoranschlag mit 3,7 Mill. S, die Kläranlage mit 5 Mill. S. Davon geht, wenn ich es richtig gelesen habe, ungefähr 1 Mill. in das Budget des Bauamtes in Form der Personalkosten für die diensttuenden Magistratsbediensteten. 20 Prozent davon bekommen wir ja wieder am Umweg über den Reinhaltungsverband zurück. Aber 80 Prozent schlagen uns nächstes Jahr wieder in den Mitgliedsbeitrag hinein. Das Bauamt selbst findet eine Ausweitung um 1,4 Mill. S durch vermehrte

Anzahl von Mitarbeitern, die sicherlich auch notwendig sind, wenn die Stadt so viele Baumaßnahmen macht. Das ist noch immer ein sehr sinnvoller Weg, wenn unsere Beamten in der Fachdienstichtung die Maßnahmen treffen. Dennoch sei es mir auch hier gestattet, daß wir bei den Personalausgaben - die hohe Beamenschaft möge mir für diesen Hinweis Nachsicht gewähren - doch auch sorgfältig sein werden müssen. Ich bitte auch den Personalreferenten um Verständnis für diese Aussage, aber nachdem die Personalunion mit dem Finanzreferenten gewährt ist, so wirst Du mir sicher nicht unterlegen, daß ich das aus Mißgunst vor den Beamten sage, sondern aus tiefer und ehrlicher Sorge um das Budget unserer Stadt. Wir werden auch bei den Anschaffungen - der zweite große Ausgabenpunkt - sicherlich vermehrt die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überprüfen müssen.

Nun zum zweiten Teil, dem außerordentlichen Haushalt. Im Amtsbericht und auch nach den Worten des Finanzreferenten wurde angeführt, daß die Ausweitung im aoH eine Minusausweitung war, daß sich also die Ausgaben im aoH reduziert haben. Zunächst einmal zur Rekrutierung des aoH, also wie finanziert er sich. 1985 kamen vom oH noch 16,1 Millionen S. 30 Mill. S waren Darlehensaufnahme notwendig, Rücklagenentnahme 0. 1986 vom oH kommt nichts. 45 Mill. durch Darlehen und 7,2 Mill. S - das ist der zweite Teil unserer Abmagerungskur - von den Rücklagen. 26,5 Mill. S aus Veräußerungen von öffentlichem Gut. Das bedeutet also 7,2 Mill. aus eigener finanzieller Substanz - ich habe es vorhin das Sparbuch der Stadt genannt - 26,5 Mill. aus eigenem Vermögen, nämlich Gebäude und Grundstücke. Das heißt, mit 33,5 Mill. S haben wir es eigenfinanziert, mit 45 Mill. durch Neuverschuldung. Öffentliche Quellen hat es bisher dazu gegeben bei der Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Schule vom Land plus 4,1 Mill. Man wird es jetzt falsch verstehen, wahrscheinlich falsch verstehen, wenn ich sage vom Bund Mindereinnahmen 1,0 Mill. Ich will jetzt gar nicht die Aufzählung weiterführen, das kann ja jeder selber finden, wo die Zuschüsse gekommen sind und in welcher Höhe.

Die Ausgaben des aoH mit 89,5 Mill. - im Voranschlag haben wir 90,5 Mill. drinnen gehabt - könnten bedeuten, wir haben uns an das Volumen gehalten. Das ist zweifellos richtig so, das Volumen wurde eingehalten, der Plan nicht. Mehrausgaben von 29,5 Mill. S sind zu Buche, davon ohne Ansatz 3,2 Mill. Das heißt, wir haben um 3,2 Millionen S Dinge unternommen, die wir grundsätzlich nicht vorgesehen haben, nachdem diese Ausgaben fast alle einstimmig gefaßt wurden, weil die Notwendigkeit einsichtig war, soll das nicht Anlaß zur essentiellen Kritik sein, sondern nur eine Erwähnung dieser Abweichung. Minderausgaben von 30,9 - fast 31 Mill. S - helfen dann, den Saldo von ca. 1 Mill. S herbeizuführen. Davon verzeichnen wir 10,1 Mill. ersatzlos gestrichene Vorhaben. Das Volumen der Abweichung, das heißt jetzt Mehrausgaben oder Minderausgaben aufaddiert ergibt eine Abweichung, die beträgt 60,48 Mill. S. In Verhältnis gesetzt zum Volumen des Haushaltsvoranschlages beträgt dies immerhin einen Prozentsatz von 66,84 Prozent des aoH. Vergleichszahl dazu aus dem Vorjahr 60,7 Prozent. Anmerkung des Redners: Erfahrung gesammelt, nichts daraus gelernt.

Bedauerlich sind die ersatzlos gestrichenen Vorhaben zweifellos alle. Die Aufzählung würde jetzt noch einige Minuten dauern. Wir müssen sie zur Kenntnis nehmen, daß nicht alles möglich war. Jedes der einzelnen gestrichenen Vorhaben war es wert und man findet aber auch fast nichts bei den außerordentlichen Vorhaben, die darüber finanziert wurden, oder eigentlich unterfinanziert wurden, die jedenfalls überplan in Angriff genommen wurden oder vollzogen wurden. Das war jetzt nicht in irgend einer Form nützlich oder schön oder es macht jemanden Freude. Aber die Ausweitung ist dennoch zu verzeichnen und ich bitte Sie alle, mit mir gemeinsam die nötige Konsequenz aus diesem Zahlenwerk zu ziehen, nämlich Verantwortungsbewußtsein. Die Gemeinde, liebe Kolleginnen und Kollegen, also wir alle als Verwaltungskörper, werden, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, unseren Gürtel enger schnallen müssen.

Geben wir also sorgsam darauf acht, daß dieses Gürtelengerschnallen nicht dort passiert, wo es die sozial Schwächsten und die Hilfsbedürftigen trifft. Geben wir sorgsam darauf acht, daß wir nicht dort zu sparen beginnen, wo wir über Umwegrentabilitäten zukünftige Erfolge erwarten können und bedenken wir bitte in Zukunft bei allem, was wir beschließen, unsere Grundsätze in der Kommunalpolitik - Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Notwendigkeit der Ausgaben sorgfältig zu überdenken.

Ich bedanke mich bei den erstellenden Beamten nochmals für die Richtigkeit des Zahlenwerkes und für die von dort aus Genauigkeit, die festzustellen ist. Die Ungenauigkeit liegt nicht bei denen, die das Budget gemacht haben, die Ungenauigkeit liegt bei denen, die - mich eingeschlossen - die Beschlüsse gefaßt haben.

Namens meiner Fraktion stimme ich mit wehem Herzen dem Nachtragsvoranschlag zu. Schließe natürlich in diese Zustimmung nicht jene Beschlüsse ein, die wir nicht mitgefaßt haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Debattenredner ist Kollege Ramoser!

GEMEINDERAT FRA NZ RAMOSER:

Ich möchte das sehr kurz machen. Der Nachtragsvoranschlag zeigt auf, daß die Forderungen der GAL Steyr nach Budgetklarheit nicht erfüllt wurden. Wir haben bereits zum Budget dagegen gestimmt. Ich möchte zwei Punkte anführen, warum uns das Budget so unklar vorkommt, warum Schätzungen so weit abweichen. Bei der Budgeterstellung wurde bereits von der GAL Steyr die Notwendigkeit des Ausbaues der Leharstraße und Konradstraße angezweifelt. Der Nachtragsvoranschlag bestätigt unsere Zweifel. Es wurde dort nichts gebaut, obwohl dort 2 Mill. S vorangeschlagen waren. Die Errichtung des Museumssteiges wurde im Budget mit 1 Million budgetiert, im Nachtragsvoranschlag stehen 5 Mill. Kollege Wippersberger hat sogar gesagt, das wird 11 Mill. S kosten. Also um 10 Millionen Schilling hat sich hier unser Finanzstadtrat verschätzt. Darum möchten wir von der GAL hier nicht mitstimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Treml ist der Nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn man einen Nachtragsvoranschlag hier behandelt, so zeigt es sich immer wieder, daß die verschiedenen Parteien auch verschiedene Auffassungen zum Nachtragsvoranschlag haben. Ich bin nur froh, daß Kollege Holub nicht der Finanzstadtrat dieser Stadt ist, denn der wäre ja noch vorsichtiger und zurückhaltender aufgrund seiner umfangreichen Ausführungen, wie dies unser Finanzreferent Wippersberger ist, der auch den Voranschlag für 1986 knapp präliminiert hat und im Zusammenhang mit der heutigen Beschlußfassung möchte ich dazu feststellen, daß dadurch oft wichtige unaufschiebbare Aufgaben nicht in Angriff genommen wurden oder nur teilweise durchgeführt wurden oder noch werden, wie dies eigentlich auch trotz der Ängste und der Vorsichtigkeit Kollege Holub unterstrichen hat, daß viele Vorhaben im außerordentlichen Voranschlag überhaupt nicht durchgeführt wurden. Meine Damen und Herren, ein weiterer Grund ist auch, daß die Stadt Steyr für die Lösung vieler kommunaler und wirtschaftlicher Probleme über viel zu wenig Finanzmittel verfügt und dadurch die Verschuldung von Jahr zu Jahr weiter ansteigt. Das wurde auch schon von unserem Finanzreferenten deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es im heurigen Jahr notwendig war, 45 Mill. Schulden neu zu machen. Die Stadt Steyr hat Aufgaben zu erfüllen, die ihr eigentlich nicht zustehen, sondern Aufgaben des Bundes und des Landes wären.

Der Nachtragsvoranschlag zeigt auch deutlich die Notwendigkeit von wirtschaftsfördernden Maßnahmen eben des Bundes und des Landes, nämlich der von uns allen verlangten Fortführung der Sonderförderungsaktion für die Krisenregion Steyr, im besonderen für die Stadt Steyr. Diese wurde jedoch für das laufende Jahr nicht mehr gewährt. Dies bestätigte in der Einleitung unser Bürgermeister Schwarz bei den Berichten, wo er hingewiesen hat, daß wir zwar Hoffnung haben, aber bis jetzt keine konkrete Zusage bekamen. Dies ist mit, meine Damen und Herren, eine Ursache, daß die Unternehmersteuer, die Gewerbesteuer 16 Mill. weniger entrichtet wurde als von uns budgetiert war und die Verschuldung der Stadt im erhöhten Ausmaß weiter ansteigt. Daher mußten die zusätzlichen und vorgesehenen Darlehen in der Höhe von 30 Mill. S um weitere 15 Mill. S mehr aufgenommen werden. Ich habe auch bereits bei der Budgeterstellung die Großzügigkeit der anderen Parteien - ich möchte sie hier konkret nennen, weil die GAL nicht mitgestimmt hat - der SPÖ, der ÖVP und SPÖ gegenüber dem BMW-Motorenwerk scharf kritisiert. Im Haushaltsvoranschlag für das Jahr war bereits eine Förderungsrate von 2,5 Mill. S vorgesehen und sie sollte, wie ich damals schon erklärte, still und heimlich über die Bühne gehen, obwohl die BMW-Manager die vertraglich festgelegte Aufnahme von 1.800 Arbeitern und Angestellten, davon 60 Prozent aus der Stadt Steyr, bisher nicht eingehalten haben. Gleichzeitig machte ich den Gemeinderat darauf aufmerksam, daß die vorgesehene Ausgabe von 2,5 Mill. S nach Auffassung der KPÖ-Fraktion nicht rechtlich tragbar sei. Im nun vorliegenden Nachtragsvoranschlag für 1986, meine Damen und Herren, scheint diese Ausgabe nicht mehr auf. So still und leise man die 2,5 Millionen im Haushaltsvoranschlag vorsah, verschwanden sie im Nachtragsvoranschlag.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Da ist ein Denkfehler. Im Nachtragsvoranschlag sind nur die korrigierten Positionen drinnen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es gibt aber eine Reihe von Vorschlägen, die auch im Voranschlag drinnen waren und nicht durchgeführt wurden und scheinen jedenfalls nicht mehr auf.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Im Nachtragsvoranschlag sind nur Veränderungen drinnen, wo sich eine Erhöhung ergibt oder wo

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber Tatsache ist, daß davon nicht die Rede sei. Ich glaube auch, daß das gar nicht hinein gehört hätte. Das ist meine Meinung.

Nun noch einige Bemerkungen zum Kapitel Wirtschaftsförderung, Grundverkäufe an Unternehmungen, die nur den halben Grundpreis erbrachten, führten natürlich zu Einnahmeverlusten in Millionenhöhe, die bereits von mir bei der Beschlußfassung als enorme Geschenke an die reichen Unternehmer angeprangert wurden, die natürlich unter der derzeitigen Situation und des Arbeitsmarktes in der Stadt Steyr zustande gekommen sind. Mit diesem Gewerbegrundabverkauf des ehemaligen Schützenhofergrundes an der Ennser Straße wurden insgesamt rund 39.000 m² Grund um den Gesamtpreis von nur 16,5 Mill. S an diese 4 Fabrikanten abgegeben. Es ist Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates bekannt, daß für den Ankauf dieses Areals die Stadt Steyr jedoch rund 36 Mill. S aufgewendet hat. Das bedeutet, daß diese Fabrikanten nur einen halben Grundpreis an die Stadt zahlten.

Daher, meine Damen und Herren, auch ein Verlust von 20 Mill. S, über die man

nicht gerne spricht. Derartige Grundstücksverkäufe, wie sie im laufenden Budget getätigt wurden, und Förderungen von Großunternehmen, die gegen die Grundsätze der Förderungsbestimmungen der Stadt verstoßen, werden auch von mir bzw. von der kommunistischen Partei mit Recht abgelehnt. Wenn ich auch heute den Ziffern und Zahlen des Nachtragsvoranschlages die Zustimmung erteile, bedeutet dies sicherlich nicht die nachträgliche Zustimmung der von mir abgelehnten Mehrheitsbeschlüsse. So, - meine Damen und Herren, verlangte ich bereits bei der Haushaltserstellung die Beseitigung der Landesumlage und des Sprengelbeitrages für Krankenanstalten. Auch darüber, meine Damen und Herren, verliert fast kein Sprecher der anderen Fraktionen nur ein Wort und ich vernehme auch kein Wort durch unsere Vertreter beim Städtetag, der ja jährlich durchgeführt wird. Außer daß man manchmal dort Resolutionen verfaßt, die eigentlich meine Auffassung voll bestätigen. Nun im Nachtragsvoranschlag werden dafür nicht wie vorgesehen zusammen 38,9 Mill. S ausgegeben, sondern die Landesumlage erhöht sich um 2,2 Mill. auf 22,6 Mill. S und der Krankenanstaltenbeitrag steigt von 18,5 auf 19,6 Mill. S an. Zusammen bereits auf über 43 Mill. S. Dadurch wird der Stadthaushalt, wie sich zeigt, schwerstens belastet. Zum Vergleich dazu möchte ich anführen, daß im Vorjahr 33,7 Mill. S an das Land abgeliefert werden mußten. Die weitere Belastung der Stadtfinanzen wird fortgesetzt durch die Erhöhung der Bezüge für die Mandatare. Die Bezüge erhöhen sich um 106.000 Schilling als veranschlagt waren, und erfordern bereits den Betrag von rund 8 Mill. S. Dazu kommen noch die Erhöhungen der Ruhebezüge und Pensionen. Dafür ist im Nachtragsvoranschlag ein Betrag von über 2 Mill. S erforderlich. Für 1986 werden daher für die Bezüge und Pensionen der Gemeindepolitiker bereits mehr als 10 Mill. S aufgewendet. Darüber wird von den anderen Fraktionssprechern eigentlich wenig, oder wie sich heute gezeigt hat, überhaupt nicht gesprochen, daß man hier Zurückhaltung üben soll und daß man hier sparsamer vorgehen müsse. Bei dieser Ausgabenpost könnte man einen Teil davon einsparen, da mit Ausnahme des Bürgermeisters und des geschäftsführenden Vizebürgermeisters alle anderen Mandatare ihre Tätigkeit nebenberuflich ausüben.

Meine Damen und Herren, es ist auch schon erwähnt worden von Kollegen Holub, daß die Personalkosten gewaltig angewachsen sind. Wir kennen auch die Ursache durch Neueinstellungen besonders im ZAH und bei der städtischen Kläranlage. Aber dazu kommen auch noch die von mir bereits angezogenen Bezüge und Ruhegenüsse, der Pensionen der Mandatare. Das macht ungefähr den Rahmen aus von 43 Prozent der Gesamtausgaben im oH.

Im oH wurden an die 40 Vorhaben nicht begonnen oder nur teilweise realisiert, und die Ziffern und Zahlen, die dadurch nicht ausgegeben wurden, hat Kollege Holub besonders in seinen Ausführungen herausgestrichen. Darunter, meine Damen und Herren, sind so wichtige Vorhaben wie die Erweiterung der Hauptschule auf der Ennsleite oder die Förderungsmittel für den Wohnbau. Die wurden von 4 Mill. S auf 2,3 Mill, gekürzt, obwohl allgemein bekannt ist, daß der Wohnbau in unserer Stadt stagniert und es mehr als 2.500 Wohnungssuchende in der Stadt gibt und auch die Mieten enorm ansteigen. Man hat 1,700.000 S an Wohnbauförderungsmittel eingespart, aber wiederum keinen einzigen Schilling für die Sanierung, für die Reparaturarbeiten der Wohnhäuser in Münchenholz bereitgestellt. Es wurden die vorgesehenen 3 Mill. S für die Sanierung der Wohnhäuser im Wehrgraben nicht ausgegeben so wie wichtige Straßen- und Kanalbaumaßnahmen nicht begonnen wurden. Bei der kritischen Beleuchtung des Nachtragsvoranschlages möchte ich auch positiv anführen, daß im laufenden Budgetjahr auch Mehrausgaben getätigt wurden, so z. B. für die Altenbetreuung durch die Einstellung der schon von mir erwähnten Personalkosten und auch der sozialen Wohlfahrt.

Die kommunistische Gemeinderatsfraktion gibt dem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung, ausgenommen sind die überhöhten Bezüge der Mandatare und natürlich

die Gebühren- und Tariferhöhungen, die Teuerungswelle, mit der die Steyrer Bevölkerung im laufenden Budgetjahr von der Mehrheit des Gemeinderates, wie Sie wissen, überschwemmt wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Nachtragsvoranschlag 1986, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, weist auch Abweichungen nach oben und unten, diesmal bedauerlicherweise nur nach unten, über dem Budget 1986, das vom Gemeinderat der Stadt Steyr am Ende des Jahres 1985 genehmigt und beschlossen wurde, auf. Ein endgültiges Ergebnis wird erst im Rechnungsabschluß 1986 zu ersehen sein. Abgesehen von einigen erfreulichen Einnahmenerhöhungen im ordentlichen Haushalt als auch im aOH kann ich diesem Voranschlag, diesem Nachtragsvoranschlag nicht sehr viel Positives abringen. Das haben auch meine Vorredner ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Es wurde bereits sehr viel von Zahlen gesprochen, ich möchte aber trotzdem auf einige Bereiche aus der Sicht der gemeinderätlichen Freiheitsfraktion näher eingehen.

Im ordentlichen Haushalt bei der Gruppe 9 der Finanzwirtschaft stehen den erhöhten Einnahmen aus Zinsen von Darlehen in Höhe von 3 Mill. S, der Lohnsummensteuer von 3 Mill. S und ebenso der Getränkesteuer von 3 Mill. S, der Erhöhung von Ertragsanteilen von 3 Mill. S, um nur jene Positionen zu nennen, die tatsächlich aus dem Jahre 1986 stammen, Mindereinnahmen vor allem bei der Gewerbesteuer von 16 Mill. gegenüber. Das ist bedauerlicherweise um 30,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Das veranlaßt mich, in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit des Sonderförderungsprogrammes für die Region Steyr hinzuweisen. Wobei ich feststellen muß, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich mir mehr Nachdruck von den verantwortlichen Stadtpolitikern erwartet hätte gegenüber den zuständigen Vertretern des Landes, um die Fortführung dieses Sonderförderungsprogrammes für die Region Steyr zu erreichen. Inzwischen ist bedauerlicherweise durch die bekannte Situation der Steyr-Werke eine weitere Verschlechterung in wirtschaftlicher Hinsicht eingetreten, deren Folgen wir, meine Damen und Herren, vorerst nur in etwa abschätzen können. Aus dem Bericht des Herrn Bürgermeisters ist hervorgegangen, daß sich inzwischen im Zusammenhang mit dem Förderungsprogramm für Steyr nichts getan hat. Ich glaube daher, daß es wirklich höchst an der Zeit ist, nochmals vom gesamten Gemeinderat ausgehend einzutreten, daß dieses Sonderförderungsprogramm für Steyr seine Fortführung findet.

Ohne jetzt Schwarzmalerei zu betreiben, muß ich feststellen, wenn man nicht bald greifende Maßnahmen seitens des Bundes aber auch des Landes und der Stadt setzt, wird es wohl kaum möglich sein, in nächster Zeit auf Rücklagen zurückzugreifen, so wie es jetzt auf der Einnahmenseite erkennbar ist, indem man 20,3 Mill. S als Rücklagen verbucht hat.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes. Einige Vorhaben wurden nicht entsprechend dem Voranschlag ausgeführt, beispielsweise die Erweiterung der Schule Ennsleite, die ja bereits angezogen wurde. Das hätte einen Betrag von 5,9 Mill. S ausgemacht. Ich stehe aber nicht an zu erklären, sollte man inzwischen eine bessere Finanzierungsmöglichkeit gefunden haben, so ist dagegen nichts einzuwenden. Nur der Hinweis, daß diese Summe bereits vom Gemeinderat genehmigt und beschlossen wurde, sei mir gestattet. Ebenso wurden die Sanierungsmaßnahmen des Josef-Lazarett im Wehrgraben bedauerlicherweise zurückgestellt.

Meine Damen und Herren, wir sind aber seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nach wie vor der Ansicht, daß auch Ausgaben des oH gekürzt werden könnten. Ich sage das jetzt nicht, weil Kollege Tremel darauf hingewie-

sen hat, sondern ich habe nicht nur 1985 im Namen der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion das festgestellt, sondern auch in den Jahren vorher. Daß nämlich die Bezüge der Gemeinderatsorgane bereits 7,9 Mill. S ausmachen, die Pensionen der Stadtsenatsmitglieder, die wir nach wie vor ablehnen, machen bereits 2,171.000 S aus. Auch die Pressestelle und das Amtsblatt haben sich nunmehr auf 2,896.000 S ausgeweitet. Auch unter dem Titel Repräsentation sind aus S 28.000,- S 81.000,- geworden. Auch die Amtspauschalen und Repräsentationsausgaben sind von S 120.000,- auf S 180.000,- angestiegen. Was wiederum einer Steigerung von 50 Prozent entspricht.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir einen Hinweis auf den erst kürzlich hier im Gemeinderat zur Diskussion anstehenden Rechnungshofbericht, der das Jahr 1984 behandelt hat. Ich habe hier festgestellt, daß man sich sehr wohl darüber im klaren war, daß die Repräsentationsausgaben zu hoch waren, man war auch bereit, geringere Zahlen im Jahr 1986 einzusetzen. Nur verbraucht hat man halt immer mehr.

Meine Damen und Herren, Stadtratspensionen, Amtsblatt und Repräsentationsausgaben sind nun einmal sehr sensible Positionen und erzeugen durch hohe Kosten sehr wenig Verständnis. Schmerzhaft ist allerdings auch, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß die Kreditzinsen für aufgenommene Darlehen bereits 35,475.00 S ausmachen, das sind 6,5 Prozent der gesamten Reineinnahmen. Das bedeutet, daß der Pro-Kopf-Schuldenstand, also die Pro-Kopf-Verschuldung nunmehr auf S 12.800,- angestiegen ist.

Daher, meine Damen und Herren, mein Aufruf, entsprechende Sparmaßnahmen zu setzen, auch wenn man meint, daß es sich "um kleine Dinge" handelt, die ich hier angezogen und angesprochen habe.

Aus dem Nachtragsvoranschlag geht auch hervor, daß die Erhöhung der Einnahmen für den aoH von ca. 22,1 Millionen im wesentlichen auf eine höhere Schuldenaufnahme und durch Verkäufe von Wohn- und Geschäftsgebäuden zurückzuführen ist. Das bedeutet aber auch, daß eine um 50 % höhere Schuldenaufnahme, nämlich von 45 Millionen Schilling, notwendig war. Hingegen aber die Rücklagen um 7,7 Mill. S gekürzt wurden oder werden mußten, da bereits im oH eine Rücklagenentnahme von 20,3 Mill. notwendig war. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß ich gar nicht näher auf diese Zahlen eingehen muß, denn diese bedauerlichen Zahlen sprechen für sich. Einziges Trostpflaster sind die noch ausstehenden, hoffentlich bald kommenden, versprochenen Bedarfszuweisungen. Kollege Holub hat gemeint, daß wir uns den Atem einteilen müssen. Ich gebe ihm vollkommen recht und meine ernst, was ich jetzt sage, wenn das so weitergeht, werden wir uns nicht nur den Atem einteilen müssen, sondern wir brauchen alle miteinander eine Sauerstoff-Flasche.

Wir wünschen uns im Interesse der Bewohner unserer Stadt, daß Maßnahmen vom Bund und Land, aber auch der Stadt, beispielsweise die Fortsetzung des Wirtschaftsförderungsprogrammes, das ich bereits mehrmals angezogen habe, gesetzt werden zur Ankurbelung der Wirtschaft. Auch die Stadt muß vor allen Dingen alles daran setzen, Betriebe, die in Steyr ansässig sind, zu halten, weitere Betriebe hier her zu bekommen, um die Situation am Arbeitsmarkt zu verbessern. Nur dadurch wird es hauptsächlich möglich sein, daß sich der Schuldenstand der Stadt auch durch entsprechende Einsparungsmaßnahmen einmal verringern wird und Rücklagen geschaffen, statt entnommen werden müssen.

Meine Damen und Herren, dem vorliegenden Nachtragsvoranschlag 1986 gabe ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, ausgenommen jener Anträge und Beschlüsse, die wir im Laufe des Jahres 1986 abgelehnt haben, schweren Herzens die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Eichhübl für seinen Diskussionsbeitrag. Wünscht noch

jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, ich brauche nicht ins Detail zu gehen. Kollege Holub, ich kann das, was Du gesagt hast, fast wortwörtlich bestätigen. Die finanzielle Situation ist sehr schwierig geworden. Es heißt sparen und wir werden uns in wenigen Wochen über das Budget 1987 zu unterhalten haben. Auch in diesem Budget wird es wieder heißen sparen. Große Vorsicht ist auf alle Fälle am Platz aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage in den Steyr-Werken.

Zu Herrn Ramoser, ich weiß nicht was Sie meinen, Sie sagen, die Forderung der GAL nach Budgetklarheit wurde nicht erfüllt. Es gibt für die Erstellung der Haushaltsvoranschläge in den Gemeinden und Städten ein Gesetz, eine Verordnung. Unser Budget, unsere Voranschläge werden ganz genau nach dieser Verordnung gemacht. Diese Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung wurde ganz genau eingehalten. Da ist genau festgelegt, welche Budgetkonten es geben muß, welchen Kontorahmen, welche Haushaltsstellen usw. Wir können das gar nicht anders machen, auch wenn wir wollten.

Abweichen von Schätzungen. Ich habe bereits in meinen Ausführungen gesagt, es sind einige Dinge bewußt zurückgestellt worden eben aus der budgetären Lage heraus, wie z. B. der Zubau bei der Ennsleitenschule. Einige Dinge konnten nicht gemacht werden, weil gewisse Voraussetzungen dazu gefehlt haben. Da ist z. B. die Verbindungsstraße in Münchenholz zwischen Leharstraße und der Bertl-Konrad-Straße, das gehört der WAG. Wir sind seit Jahren bemüht, hier nach dem rechten zu sehen und eine richtige Straße anzulegen. Die WAG hat nach längerem Drängen einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Nach diesem Wettbewerb ist diese Straße überhaupt verschwunden, damit konnten wir uns nicht anfreunden und auch die WAG nicht, es mußten die Pläne mehrmals umgearbeitet werden. Sie sind derzeit wiederum in Arbeit, und zwar seitens unseres Bauamtes einvernehmlich mit der WAG. Darum wurde das für 1987 zurückgestellt. Das ist aber nicht unsere Schuld, da können wir wirklich nichts dafür, daß das nicht geklappt hat. Es hat niemand annehmen können, als das Budget voriges Jahr im Herbst erstellt wurde, daß das nicht zum Tragen kommt. Ursprünglich waren die WAG und die Gemeinde der Ansicht, daß das nächstes Jahr durchgeführt wird. Aufgrund dieses Architektenwettbewerbes hat aber alles anders ausgesehen, dort wo die Straße kommen sollte, werden Wohnhäuser errichtet usw. Es mußte alles wieder umgeplant werden, das ist der Grund.

Daß sich der Finanzstadtrat gewaltig verschätzt hat, ich lege diese Ziffern ja nicht alleine im stillen Kämmerlein fest, das sind ja Zahlen, die mit den Bediensteten dieses Hauses erarbeitet werden. Es gibt aber Dinge, wo sich beim Bau herausstellt, daß doch manches zweckmäßiger anders gemacht werden soll, dann gibt es eben Umplanungen und dann kommen solche Dinge heraus, wie z. B. im Wehrgraben - auch das habe ich erwähnt eingangs meiner Berichte - daß wir für einige Dinge um über 10 Mill. mehr ausgeben müssen, weil eben die planenden Architekten gesagt haben, das wäre besser so, das ist ein Jahrhundertbauwerk, spart da nicht gar zu viel, das ist ja eine Sache, die für das nächste Jahrhundert gilt. Ob es sich um den Steg handelt, oder um den Schloßleitenweg usw. Der Gemeinderat hat sich dieser Meinung angeschlossen und das wird so ausgeführt.

Kollege Tremml, die Finanzkraft der Stadt ist schwach, das stimmt. Wir haben ja in diesem Kreis mehrmals über die Fortsetzung des Sonderförderungsabkommens gesprochen und können nur hoffen, daß es wirklich zu dieser Fortsetzung in allernächster Zeit kommt, daß auf diesem Gebiet konkrete Maßnahmen getroffen werden.

Zu den Betriebsansiedlungen, Kollege Tremml, wenn wir das nicht machen würden, daß wir versuchen Betriebe anzusiedeln, würde alles anders ausschauen. Es

ist uns gelungen, * Gott sei Dank, angefangen von BMW bis jetzt zur Fa. Kraml, hier in Steyr Betriebe anzusiedeln und wir haben große finanzielle Mittel dafür ausgegeben. Das ist unbestritten und das kostet uns eben sehr viel Geld, aber auf der anderen Seite muß man sagen, das sind eben zusätzliche Arbeitsplätze. Stellen Sie sich vor, wir hätten diese Betriebe nicht in Steyr, wie hoch die Zahl der Arbeitslosen wäre. Wenn wir in Steyr eine noch größere Arbeitslosigkeit verhindern wollen, dann müssen wir in dieser Richtung weiterfahren und versuchen, neue Betriebe hier anzusiedeln. Diese Betriebe sind eben nicht bereit, sich hier in Steyr anzusiedeln bei einem Grundpreis von, wie Du gemeint hast, von S 700,-, denn in den Nachbargemeinden sind die Grundstücke zu einem Teilbetrag erhältlich. Dann siedeln diese Betriebe in die Nachbargemeinde. Mir tut heute noch leid, daß die Fa. Riha z. B. weggesiedelt ist, wir haben uns bemüht, diese Firma hier zu behalten, aber leider erfolglos. Das ist ja auch für die Stadt ein finanzieller Verlust. Arbeitsplätze sind dadurch wahrscheinlich kaum verloren gegangen, weil ja die Leute mitgewandert sind nach Schiedlberg. Aber für die Stadt waren diese 116 Arbeitsplätze eine jährliche Einnahme von rund 460.000 Schilling an Lohnsummensteuer. Diese halbe Million Lohnsummensteuer der Firma Riha, so lange sie in Steyr war, ist jetzt weg, es sind damit die Einnahmen der Stadt weniger geworden. Wenn wir Betriebe ansiedeln, dann bezahlen diese Betriebe ja ebenfalls Lohnsummensteuer. Die Betriebe, die hier neu angesiedelt wurden, bezahlen Lohnsummensteuer, das ist wiederum für uns als Stadt sehr interessant, weil wir dadurch nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch Mehreinnahmen bekommen aufgrund der Lohnsummensteuer. Josefslazarett, das habe ich schon erwähnt, warum das zurückgestellt wurde. Derzeit liegen die Einreichpläne beim Land bzw. Bund. Wir warten auf eine Nachricht.

Kollege Eichhübl hat ebenfalls das Joseflazarett erwähnt. Zu den Repräsentationen kann ich sagen, 1984 waren sie ziemlich hoch. 1984 waren übrigens bei den Repräsentationsausgaben, auch das wurde im Rechnungshofbericht beanstandet, einige Dinge darunter, die eigentlich gar nicht unter Repräsentationen verbucht hätten werden sollen. Wir haben aber 1985 bereits ein deutliches Absinken gehabt, auch das ist allgemein bekannt, und zwar sind sie um mehr als ein Drittel abgesunken und wir werden 1986 mit der veranschlagten Summe von rund S 500.000,- einigermaßen das Auslangen finden. Daß das Steyrer Amtsblatt nicht gut ankommt, ich weiß nicht, ob das Deine Meinung ist, ich komme mit sehr vielen Leuten zusammen, aber ich habe bis jetzt nur allgemein Lob gehört, es wird von den Steyrern wirklich gelesen. Das war im wesentlichen alles und ich kann nur mehr den Bürgermeister bitten, über den Nachtragsvoranschlag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL) angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste un zugleich mein letzter Antrag betrifft die Vorfinanzierung für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Hauptsammler E - Sierning, Pumpwerk H, elektrotechnische Ausrüstung.
Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

- 6) Bau6-4090/82
Hauptsammler E - Sierning - Pumpwerk H;
elektrotechnische Ausrüstung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 13. Oktober 1986 wird der Auftrag zur Lieferung von elektrotechnischen Ausrüstungsgegenständen für den Hauptsammler E-Sierning, Pumpwerk H, an die Fa. Enzlberger, Steyr, zum Preise von S 523.785,77 exkl. USt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 524.000,-- (Schilling fünfhundertvierundzwanzigtausend)

werden bei der VA-St. 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Der nächste Berichterstatter ist Frau Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mein Antrag betrifft die Regulierung der Heimkosten in unserem Zentralaltersheim. Erlauben Sie mir dazu den Hinweis, daß ein Antrag des Stadtsenates vom 19. Juni in der GR- Sitzung vom 26. Juni infolge unterschiedlicher Auffassungen über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Tarifsätze keine Zustimmung fand und zwecks neuerlicher Überprüfung zurückgestellt wurde bzw. von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Aufgrund mehrerer Beratungen und Überprüfungen sieht der heutige Antrag eine generelle Einhebung eines Betreuungszuschlages in der Höhe von 80 Prozent eines eventuell gewährten Hilflosenzuschusses vor bzw. eine Neufestsetzung der Bettenfreihaltegebühr ab 1. 1. 1987.

Der neuerliche Antrag des Stadtsenates lautet:

7) SH-3303/86

Zentralaltersheim der Stadt Steyr;

Regulierung der Heimkostensätze.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 30. 9. 1986 wird mit Wirkung vom 1. 1. 1987 der Beschluß des Gemeinderates vom 14. 5. 1981 in der Fassung des Beschlusses des Gemeinderates vom 26. 11. 1981, betreffend die Regulierung der Heimkostensätze im Zentralaltersheim wie folgt geändert bzw. ergänzt:

Betreuungszuschlag:

Pfleglinge der Allgemeinen wie Pflegeabteilung, die aufgrund ihrer Hilflosigkeit einen Hilflosenzuschuß oder gleichartigen Zuschuß (z. B. Pflegegeld) beziehen, haben neben dem einer Zimmerkategorie zugeordneten Heimkostensatz einen Betreuungszuschlag in Höhe von 80 % des gewährten Zuschusses zu leisten.

Regiekostenbeitrag:

Für jeden vollen Tag der Abwesenheit vom Heim ist ein Regiekostenbeitrag (Bettfreihaltegebühr) in Höhe von 50 % des jeweiligen Heimkostensatzes (ohne allfälligen Betreuungszuschlag) zu entrichten.

Ich darf Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Antrag. Zu Wort gemeldet ist Kollege Holub!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der vorliegende Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ist ein Beispiel gelebter Demokratie. Wir haben im ersten Halbjahr uns über dieses Thema hier im Raum ausinandergesetzt und wir haben Argumente einander gegenübergestellt. Die Argumente sind abgewogen worden, das Ergebnis liegt am Tisch. Es wäre jetzt furchtbar billig und primitiv um zu triumphieren, daher tue ich es auch nicht. Der Triumph des Kollegialorganes ist es, daß, so nehme ich an, jetzt fast einstimmig beschlossen werden wird, die Erhöhungen möglichst gering zu halten. Ehre wem Ehre gebührt, Kompliment an die demokratische Reife. Verständnis erbiten muß man vor allem jenen Bewohnern des Zentralaltersheimes, die jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie mehr bezahlen müssen. Das sind insbesondere die Bewohner der Pflegeabteilung, sofern sie Selbstzahler sind. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die erhöhte Pflege ganz einfach erhöhter Mittel bedarf. Beschwert werden die Bewohner der Wohnabteilung jedenfalls nicht in unbilliger Weise, keinesfalls oder in ganz seltenen Fällen durch die Einhebung des Betreuungszuschlages bzw. der nunmehr Anrechnung der entsprechenden Zuschüsse der übergeordneten öffentlichen Hand. Beschwert werden die Bewohner durch die Anhebung der Bettfreihaltegebühr. Diese Anhebung ist aber durchaus korrekt und verständlich, weil die Fixkosten im Heim ja bestehen bleiben, egal ob das Bett belegt ist oder nicht. Es sollte auch nicht so sein, daß ein Platz im Zentralaltersheim einfach reserviert wird für allfällige Bedürfnisse, weil die Freihaltegebühr so gering ist, dazu ist unser Zentralaltersheim viel zu sehr begehrt bei den bedürftigen Mitbewohnern in unserer Stadt. Die Abwesenheit darf also durchaus mit Kosten belegt sein.

Namens meiner Fraktion ein nicht triumphierendes, sondern befriedigtes Danke an die sozialistische Mehrheit hier im Rathaus. Ein Danke nochmals an den Herrn Bürgermeister, der im Frühsommer durch seine Initiative, wie er den Antrag gestellt hat, zurück von der Tagesordnung hin zu neuen Beratungen den Weg geebnet hat zu einer vernünftigen Lösung, die wir, so hoffe ich, jetzt gemeinsam beschließen werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr sieht die Problematik der Kostenentwicklung und den dadurch verbundenen Kostenaufwand der Stadt Steyr voll ein. Wir sind jedoch eine sehr junge und kleine Partei und wir werden, wie sich gezeigt hat, stärker werden. Darum ist es für uns sehr schwer, jetzt in allen Bereichen fertige Konzepte parat zu haben. Wir sind in Ausarbeitung eines Konzeptes und wir werden bis dahin diese Programmpunkte mit Stimmenthaltung mitbeschließen, weil wir einfach die Form noch nicht ausgereift sehen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ERICH SABLIK:

Laut Statut ist eine Stimmenthaltung eine Ablehnung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte nur ganz kurz feststellen, daß mit diesem neuerlichen Antrag, dem ja Beratungen vorausgegangen sind, eine sehr wesentliche Erhöhung der Heimkostensätze in unserem Zentralaltersheim abgewehrt werden konnten. Ich glaube, daß mit diesem Antrag mehr oder weniger das moralische Recht für die Stadt entstanden ist, wenn ein Mitbürger einen Hilflosenzuschuß bezieht und pflegebedürftig ist - sonst würde er ihn ja nicht bekommen - auch dementsprechend einen Betreuungszuschlag in der Höhe von 80 Prozent zu leisten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung; Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.
Kollege Sablik ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Werter Gemeinderat, ich darf Ihnen zwei Anträge vortragen. Der erste Antrag lautet:

8) Bau4-5240/85

Neubau Museumsteg und Schloßleitenweg; Nachtragsangebot Nr. 1; Errichtung eines Stiegenaufganges zum Schloß Lamberg; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 26. 6. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 26. 6. 1986 wurden der ARGE Museumssteg die Bauarbeiten für die Errichtung des Museumssteges und des Schloßleitenweges um S 11,2 Mill. übertragen. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 10. 1986 wird nunmehr im Zusammenhang mit dem Neubau des Museumssteges und des Schloßleitenweges der Auftrag zur Errichtung eines Stiegenaufganges zum Schloß Lamberg (Nachtragsangebot Nr. 1) an die ARGE Museumssteg zum Preise von S 1,425.404,40 inkl. USt. übertragen.

Eine Freigabe der hiefür erforderlichen Mittel erfolgt erst nach Ausschöpfung der bereits bewilligten Mittel.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung?
Herr Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wir waren sehr geschockt, als wir das Amtsblatt gelesen haben und feststellten, daß bereits der Stiegenaufgang - das sieht man hier deutlich - im Bau ist. Hier wird bereits vom Baufortschritt gesprochen und heute befinden wir hier im Gemeinderat darüber, daß wir das beschließen sollen, was hier gebaut werden sollte. Es ist aber zum Teil schon bis zur Hälfte vollendet. Heute, eine Woche nach Erscheinen des Amtsblattes, will man beschließen, daß dies gebaut wird. Im Steyrer Gemeinderat braucht man anscheinend die Oppositionsparteien nicht befragen, wenn man etwas baut.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich möchte nur den § 44 Abs. 5 des Statutes zitieren, wo es lautet: Der Stadtsenat ist berechtigt, in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen anstelle des Gemeinderates zu entscheiden, wenn die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit ihrer Natur nach einer sofortigen Erledigung bedarf. Der Stadtsenat hat seine Entscheidung unverzüglich dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. So weit das Statut, so weit die Spielregeln. Die Notwendigkeit ist zweifellos gegeben, wenn man einen Hochbau errichten will, der zur Verfügung stehen soll, wenn nächstes Jahr die Landesausstellung beginnt. Der zur Verfügung stehen soll, daß das Stadtbild nicht gestört wird, wenn zahlreiche Fremde hierherkommen, kann nicht bestritten werden. Es wird immer wieder Notwendigkeiten geben, wo der Stadtsenat in Beschlußvorlage treten muß, weil die nächste Sitzung des Gemeinderates einfach in absehbarer Zeit nach der notwendigen Baubeginn-Terminfestsetzung erfolgen muß.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Der letzte Gemeinderat war vor Baubeginn dieses Werkes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vielleicht unterstellt mir Kollege Ramoser, daß auch ich das Amtsblatt lese, aber ich glaube, daß keine Minderheitsrechte von irgendwelchen Fraktionen betroffen wurden, auch wenn sie nicht im Stadtsenat vertreten sind. Die Information ergeht an alle Fraktionen. Ich spiele jetzt eine Rolle, die mir gar nicht zukommt. Die Information ergeht an alle Fraktionen zum Zeitpunkt der Beschlußfassung im Stadtsenat. Diese Klarstellung erscheint mir wirklich sehr notwendig. Außerdem wäre es ja im Bereich des möglichen, im Falle des Einwandes nach der Aktenvorlage zum Bürgermeister zu gehen und zu sagen, Herr Bürgermeister, ich glaube in dem und dem Punkt ist eine irriige Meinung. Man müßte zunächst einmal den Beweis führen können, daß ein derartiger Einwand nicht gehört oder nicht beachtet wurde, dann hätte man vielleicht einen Grund, daran zu zweifeln, daß dieser Paragraph 44/5 des Statutes nicht richtig wäre. Ich glaube aber, daß das nicht der Fall ist. Die Notwendigkeit der Bauinangriffnahme ist allen Fraktionen einsichtig, so daß ich das jetzt bezeichnen würde: viel geredet, nichts gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub. Wortmeldungen sehe ich keine mehr. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Bitte.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Über die Verfahrensformen wurde bereits gesprochen. Ich möchte Dir nur eines an das Herz legen, lese das Statut und schaue, aufgrund welcher Bestimmungen Du hier im Gemeinderat herinnen sitzt ..

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das ist nicht aufgrund des Statutes!

STADTRAT ERICH SABLİK:

ja, aufgrund des Wahlergebnisses. Aber Du übst Deine Tätigkeit aufgrund des Statutes aus. Auch die Grünen haben sich für ihre Partei ein Statut gegeben, wenn Ihr Euch nicht daran hält, kommt es zu den bekannten Streitereien, die wir überall in letzter Zeit mitverfolgen konnten. Genau so ist es da. Wenn Du Dich interessierst und das liest, was Du von der Gemeinde zugeschickt bekommst, nicht Zeitungen sondern Akten und Unterlagen. Wenn

Du Dir nicht die Zeit nimmst, diese zu lesen und zu studieren, dann ist das Deine Angelegenheit, aber nicht unsere, daß Du unsere Zeit hier vergeudest. Du kommst nicht in den Wohlfahrtsausschuß und kritisierst hier herum wegen der Bettfreihaltegebühr und dergleichen, Du interessierst Dich nicht ..

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Kollege Sablik, Du warst sicher auch einmal auf Urlaub!

STADTRAT ERICH SABLİK:

.. für diese Dinge. Lies bitte die Akten, die es dazu gibt, wenn es Dir persönlich möglich ist zu kommen. Ich bin auch oft nicht da. Aber dann setze ich mich zuhause hin und studiere das, was während dieser Zeit geschehen ist. Das Statut gibt uns dazu die Möglichkeit und das wird schon seit vielen Jahrzehnten so gehandhabt. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Ich kann mich nur wundern, daß die Grünen gegen die Errichtung eines Fußgängerweges auftreten. Ich erwarte, daß Du gegen eine Straße oder Brücke in bekannter Weise auftrittst, aber doch nicht gegen einen Fußgängerweg.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wir treten nicht gegen den Fußgängerweg auf, sondern gegen die Vorgangsweise!

STADTRAT ERICH SABLİK:

Der muß ja fertig werden, um den oberen Parkplatz beim Schloß zum Zeitpunkt der Eröffnung der Landesausstellung begehbar zu machen. Das ist notwendig. Das ist doch keine Unterdrückung der Minderheitsrechte, wie Du Dir das vorstellst, sondern das ist ein ganz normaler Vorgang.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Der nächste Antrag betrifft den Neubau der Direktionsbrücke; Nachtragsangebot Nr. 2. Der Antrag lautet:

9) Bau4-7380/83

Neubau der Direktionsbrücke; Nachtragsangebot Nr. 2;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 6. 2. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 6. 2. 1986 wurde der ARGE Direktionsbrücke der Auftrag für die Brückenerneuerung erteilt. Mit Stadtsenatsbeschluß vom 18. 9. 1986 wurden die Änderungsvorschläge durch Architekt Falkner am Brückenbau bewilligt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 10. 1986 wird nunmehr einer Auftragserweiterung um insgesamt S 820.530,92 inkl. USt. zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 820.500,-- (Schilling achthundertzwanzigtausendfünfhundert)

bei der VA-St. 5/612000/002270 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 55 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Dieser Antrag beinhaltet die Fertigstellung der sogenannten Vorlandgestaltung, sowohl der Sitzplatzgestaltung wasserunterseitig, wie die Erstellung eines Blumentrogges wasserobenseitig. Sie sehen die Konturen jetzt bereits durch die Ziehung der Randsteine. Es fehlt in letzter Zeit nur mehr die Fertigstellung und die Asphaltierung des Feinbelages. Über die Gestaltung der vielbeanstandeten Brückengeländerelemente kann man verschiedener Meinung sein. Das ist eine subjektive Meinung, was schön ist oder nicht. Mir persönlich, das kann ich ehrlich sagen, gefallen diese Geländerelemente auch nicht.

Trotzdem ersuche ich um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Pimsl hat sich zu Wort gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Gestaltung des Vorplatzes und der Verkehrswege bei der Direktionsbrücke geben meiner Meinung nach zurecht Anlaß zur Kritik. Es wurde bereits ein entsprechender Beschluß gefaßt, daß wir uns seitens des Präsidialausschusses vor Ort noch einmal die Gestaltung dort ansehen, weil ich der Meinung bin, daß die jetzige Form der Direktionsbrückengestaltung tatsächlich zu überprüfen ist. Ich bitte um Kenntnisnahme, daß hier noch einmal die Gestaltung dieses Vorplatzes überprüft wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

Ich kann bestätigen, was Kollege Pimsl gesagt hat bezüglich der Vorplatzgestaltung. Wir werden uns das noch genau anschauen, aber im wesentlichen ist der Antrag, so wie er vorliegt, zur Beschlußfassung zu bringen.

Gibt es gegenteilige Meinungen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke für die Berichterstattung. Nächster Sprecher ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGE:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei meinem Antrag geht es um die Errichtung diverser Anschlußkanäle. Der Antrag lautet wie folgt:

10) Bau6-6976/86

Errichtung der Anschlußkanäle NS C 1, Haratzmüllerstraße NS C 1, C 1 S 1, NS 8, C 3 - S 86, NS 9, C 4 - S 93 - Projektgebiet Fischhub - Plenkberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 28. Oktober 1986, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 20. 10. 1986 wird der Auftrag zur Errichtung der im Betreff angeführten Kanalteilstänge bzw. Querungen an die Fa. Adami, Steyr, zum Preise von S 468.035,- exkl. MWSt. übertragen.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 468.100,-- (Schilling vierhundertachtundsechszigtausendeinhundert) werden bei der VA-St. 5/811000/050380 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Beitrag. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag ist ein Antrag des Stadtsenates und lautet:

11) ÖAG-3945/86

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz 1985 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt. Gleichzeitig wird gemäß § 58 Abs. 4 bzw. § 59 Abs. 2 Z. 1 des StS. 1980 der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Krematorium und Leichenhalle	S 250.000,--
Wasserwerk	S 3,600.000,--
Gaswerk	S 1,800.000,--

S 5,650.000,--

=====

zugestimmt.

Gestatten Sie mir, die vorliegende Jahresbilanz 1985 etwas näher zu erläutern.

Durch die Stadtwerke Steyr wurde 1985 ein Gesamtumsatz von 114,8 Mill. S erzielt, der um 5,52 Prozent oder 6 Mill. S höher als 1984. Die größten Umsatzsteigerungen ergaben sich bei den Teilbetrieben Gaswerk mit rund 4,7 Mill. und im Verkehrsbetrieb mit rund 0,5 Mill. S. Im Gesamtbetrieb wurden 1985 Investitionen in der Höhe von 15,86 Mill. S getätigt, zu deren Finanzierung die 1984 gebildeten Rücklagen in der Höhe von 8,2 Mill. sowie Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds herangezogen wurden. Die im Bilanzjahr 1985 gestiegenen Betriebsaufwendungen haben bewirkt, daß 1985 nur mehr Rücklagen in der Höhe von ca. 5,65 Mill. gebildet werden konnten und diese gegenüber 1984 um rund 31 Prozent niedriger sind. Der Personalaufwand für das Gesamtunternehmen mit immerhin 115 Bediensteten zuzüglich 2 Lehrlingen hat im Bilanzjahr 1985 ca. 37,47 Mill.S betragen und stellt 29,52 Prozent der Gesamtaufwendungen dar. Dies bedeutet gegenüber 1984 eine Steigerung um lediglich 0,04 Prozent.

Im Verkehrsbetrieb wurden 1985 um rund 229.00 Personen mehr als 1984 befördert, wodurch eine Gesamtbeförderung von 3,71 Mill. Fahrgästen erreicht wurde. Dies entspricht einer Steigerung von 6,58 Prozent. Je Fahrgast wurden 1985 S 4,66 exkl. USt eingehoben. Damit waren die Einnahmen je Fahrgast um 4,7 Prozent niedriger als 1984. Diese Senkung der Einnahmen je Fahrgast ist darauf zurückzuführen, daß 1985 die Linienbenützer vermehrt von den preisgünstigen Mehrfahrtscheinen Gebrauch gemacht haben. Der 1985 beim Verkehrsbetrieb aufgetretene Verlust mit rund 5,77 Millionen ist zum überwiegenden Teil auf die Erhöhung des Personalaufwandes von 1,1 Mill. S gegenüber

1984, der durch die zusätzliche Einstellung von Omnibuslenkern bewirkt wurde, zurückzuführen. Von den Omnibussen des städtischen Verkehrsbetriebes wurden 1985 rund 800.000 km gefahren, wofür je km ein Treibstoffverbrauch von 42,2 Liter gegeben war. Dies bedeutet gegenüber 1984 eine Steigerung um 1,37 Liter, die auf die bei den neuen Omnibussen eingesetzten höheren Motorleistungen zurückzuführen sind.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das muß heißen pro 100 km!

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich bitte um Verzeihung, natürlich heißt das pro 100 km.

Im Bestattungsbetrieb wurden 303 Bestattungsfälle, das sind 52 Prozent der auf den Steyrer Friedhöfen durchgeführten Gesamtbestattungen, bearbeitet. Hievon waren 72 Erd- und 230 Feuerbestattungen zu besorgen. Gegenüber 1984 bedeutet dies eine weitere Abnahme von Bestattungsfällen auf den Steyrer Friedhöfen. In Prozenten ausgedrückt 2,4. Wodurch auch der 1985 ausgewiesene Verlust gegenüber 1984 nur um 5.700 oder um 1,45 Prozent gesenkt werden konnte. Die erhöhte Rücklagenbildung im Krematorium in der Höhe von 250.000 S, das sind um 25 Prozent mehr als 1984, ist auf die erhöhte Zahl von Fremdverraschungen im Einzugsbereich des Krematoriums Steyr zurückzuführen. Da im ganzen Bundesland die Kosten für die Durchführung von Bestattungen seit der letzten Festlegung der Höchsttarife für das Bestattungsgewerbe durch den Herrn Landeshauptmann im Jahre 1983 um durchschnittlich 22 Prozent gestiegen sind, hat die Fachgruppe bereits im Mai 1985 eine Erhöhung dieser Tarife beim Land Oberösterreich beantragt und um Erlaß der entsprechenden Verordnung ersucht.

Beim Wasserwerk wurden, wie bereits erwähnt, 1985 Investitionen in der Höhe von 6,8 Mill. S getätigt, wobei diese zum überwiegenden Teil auf die Fertigstellung der Gesamtaufschließung Neustift, Weinzierl und Gleink zurückzuführen sind. Die Betriebserträge sind 1985 um rund S 750.000,- oder 4,11 Prozent gestiegen, so daß bei den gegebenen Aufwandssteigerungen, das heißt Energieverbrauch, Netzinstandhaltung und Personal, 1985 eine Rücklage von 3,6 Mill. S gebildet werden konnte. Diese ist gegenüber 1984 um 1,2 Mill. oder 25 Prozent kleiner und wird 1986 bei gleichbleibendem Investitionsvolumen zu erhöhter Inanspruchnahme von Fremdmittel führen. Aus dem seit 1983 in Betrieb stehenden Brunnen Tinsting wurden rund 110.000 m³ Trinkwasser gefördert und hievon rund 63 Prozent in das Ortsnetz der Stadt Steyr eingespeist. Die Förder- und Verteilkosten haben sich je m³ von S 10,65 auf S 7,49 verringert. Die Gesamtförderung in den beiden Brunnenfeldern ist von rund 4,2 Millionen m³ auf 4,4 Mill. m³ gestiegen.

Im Gaswerk wurde gegenüber 1984 um 10.302 MW/h oder 8,35 Prozent mehr Erdgas verkauft, so daß die Gesamtabgabe 1985 rund 133.500 MW/h betragen hat. Für die laufende Instandsetzung des Rohrnetzes, die Errichtung von 2 Erdgasreduzierstationen wurden rund 5,05 Mill. investiert. Die Betriebserträge sind wegen des erhöhten Gasabgabesatzes um 4,1 Mill. oder 7,31 Prozent gestiegen. Auch im Gaswerk konnte 1985 eine freie Rücklage in der Höhe von 1,800.000 S gebildet werden, die um 1,4 Mill. oder um 44 Prozent niedriger als 1984 war. Eine wesentliche Marktveränderung im Gaswerk, die sich seit 1979 erkennen läßt, ist darin gelegen, daß das Erdgas aus dem Anwendungsgebiet des Haushaltes - ich meine damit die Kochstellen - immer mehr verdrängt wird.

Die beiden Freizeiteinrichtungen, Kunsteisbahn und städtische Bäder, weisen 1985 einen gegenüber 1984 um 4,73 Prozent oder rund 275.000 Schilling gestiegenen Verlust aus. Dieser Verlust ist zum überwiegenden Teil auch in Mehraufwendungen im Personalaufwand und im Energiebereich gelegen. Beim Energiever-

brauch handelt es sich nicht um einen höheren Energieeinsatz, sondern um die vor allem bei der elektrischen Energie gegebenen Preissteigerungen. In allen Bereichen konnten Frequenzsteigerungen auf der Besucherseite verzeichnet werden. Lediglich in der Sauna war keine nennenswerte Frequenzsteigerung mehr gegeben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, aus diesen Darstellungen ist ersichtlich, daß der Unternehmensbereich Stadtwerke auch 1985 mit erhöhten Aufwendungen belastet wurde und diese auch durch Bemühungen bei der Umsatzanhebung vor allem in den Teilbereichen Gaswerk, Verkehrsbetrieb nicht kompensiert werden konnten. Es war daher erforderlich, 1986 die bereits durch den Gemeinderat beschlossenen Tarifierhöhungen durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitarbeitern der Stadtwerke, im besonderen aber der Geschäftsführung für die stets verantwortungsbewußte Arbeit im Dienste unserer Mitbürger herzlich danken.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister um Dabatteneröffnung und Abstimmung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet ist Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

So erfreulich ist die Bilanz der Stadtwerke dann auch nicht, daß man sie unkommentarlos vorbeigehen lassen könnte. Eine rhetorische Differenz besteht hinsichtlich der Bezeichnung der Rücklagen seit längeren Jahren, das soll aber jetzt nicht der Grund zu einer weiteren Auseinandersetzung sein. Vielleicht könnte man richtigerweise Rückstellung dazu sagen in Hinkunft, dann würden auch verschiedene Begriffsschwierigkeiten vermieden werden, weil ja die Mittelverwendung pünktlich nächstes Jahr stattfindet, so daß da nicht ein Topf beiseite geschafft wird, sondern ganz einfach Investitionsvorhaben, die zum Teil vorhersehbar oder jedenfalls vom Risiko her zu erwarten sind, damit bedeckt werden. Das sollte also nicht der Quell der ursprünglichen Meinungsdivergenz sein. Die Meinungsdivergenz wird sich aber möglicherweise ergeben können, um die Notwendigkeit der Verluste in der Bestattungsanstalt - es gibt, soviel ich weiß, einige private Unternehmungen, wo die Familie auch noch leben kann davon, ohne daß zugeschossen wird, wobei die Materie exakt die gleiche ist. Die Unternehmensproblemstellung ist im privaten als auch im öffentlichen Bereich hundertprozentig vergleichbar miteinander. Nur schafft es eben der öffentliche Bereich nicht, mit wirtschaftlicher Relevanz zu arbeiten. Die Liquiditätskennzahlen der Stadtwerke beweisen diese Minderrelevanz, die vielleicht mehrere Ursachen haben kann. Sie hier zu erläutern, würde bedeuten, einige Stunden in Angriff zu nehmen, weil ja die Liquidität eines so umfangreichen Unternehmens nicht aus zwei oder drei Komponenten resultiert. Aber eines, die Liquiditätskennzahlen dieser Betriebe sind, gelinde gesagt, erschütternd. Sie bedecken in der Liquidität dritten Grades gerade noch minimalst die kaufmännischen Anforderungen. Wenn da noch eine Unterdeckung stattfindet, so müßte sich an sich eine andere Behörde mit diesem Wirtschaftskörper der Stadt auseinandersetzen.

Die Liquiditätskennzahlen sind aber sicherlich nicht nur Ergebnis von nicht ganz so ertragsträchtigen wirtschaftlichen Bemühungen, wie sie sein könnten. Sie sind auch ein Ergebnis aus verschiedenen anderen Komponenten her. Es wurde die Schwierigkeit bei den Verkehrsbetrieben durch den städtischen Referenten angedeutet, die Bemühungen um die Frequenzsteigerung durch Mehrfahrtenkarten und ähnliche Instrumentarien angedeutet und die Wirksamkeit auf der Einnahmenseite sehr klar dargelegt. Ich habe schon im

Finanz- und Rechtsausschuß gesagt, daß man auch einen zweiten Weg gehen müßte, der in die Attraktivität der Verkehrsmittel hineingeht. Diese Attraktivität besteht aus mehreren Komponenten. Das eine ist der Takt der Fahrten. Der Takt wurde verbessert, zugegeben. Das zweite ist der Komfort der Fahrzeuge, auch der Komfort wurde verbessert, zugegeben. Das dritte ist die Linienführung. Die Linienführung wurde nicht verbessert. Das Problem ist - ich bringe jetzt nicht das Beispiel aus dem Finanz- und Rechtsausschuß, sondern überhaupt keines, weil unsere Stadt Steyr so klein ist, daß jeder mit dem Autobus mitdenken kann, es sei denn, der, der die Linien plant, weil ja die Massenverkehrsmittel nicht notwendigerweise eine Stadtrundfahrt bedeuten müßten, sondern auch ermöglichen könnten, auf möglichst schnellem Weg von A nach B zu kommen. Steyr ist schon recht schön, Steyr ist es auch wert, daß man es sieht, aber es versteht es sicher derjenige nicht, der aus Zeitgründen ins private Verkehrsmittel umsteigt, daß man ihm die Schönheit der Stadt anhand der Linien des öffentlichen Verkehrsmittels vor Augen führt. Mein Appell an die verantwortliche Beamtenschaft geht ebenso eindringlich und herzlich an den stadträtlichen Referenten, man möge doch die Linienführung überdenken. Ich lasse mich nicht so leicht abbringen davon, daß nicht auch in Steyr ein Gegenverkehr möglich sein müßte mit den Autobussen bei nicht beträchtlichem Mehraufwand in personeller Hinsicht. Man müßte nur über die Linienführung nachdenken und nicht wie die Eisenbahn auf betonierten Gleisen weiterfahren. Dem Zahlenwerk der Bilanz selbst geben wir die Zustimmung, bitten aber doch, die Liquiditätskennzahlen vermehrt im Auge zu halten und auch ein wenig nach der Optimierung der Wirtschaftsergebnisse zu trachten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Kollege Ramoser ist der Nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Zum Antrag der Stadtwerke haben wir uns einen besonderen Punkt herausgearbeitet. Der größte Aufwand beim Stadtbad entsteht durch die Beheizung. Wäre es nicht möglich, durch eine zusätzliche Wärmequelle (Solaranlage) diese Kosten zu senken. Wir begrüßen natürlich, daß umgestellt wurde auf Gas. Aber man könnte ja eine Rentabilitätsrechnung anstellen lassen, wie wäre es mit einer Solarheizung? Das ist ja nur eine Frage. Über den Verkehr erstellen wir ein Konzept und werden in Kürze dieses Konzept vorlegen. Man kann dann noch ausführlich darüber diskutieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Redner ist Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe bereits die letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzungen dazu benutzt, auch eine dementsprechende Stellung abzugeben, wie das auch Kollege Holub bereits gemacht hat zur Jahresbilanz 1985 unserer Stadtwerke. Kollege Steinmaßl hat darauf hingewiesen, daß von den 7 Betrieben in 3 Teilbetrieben, und zwar im Wasserwerk, im Krematorium und in der Leichenhalle sowie auch im Gaswerk Rücklagen und Gewinne von rund 5,7 Millionen Schilling erzielt wurden. Er hat auch hingewiesen und das ist auch aus der Bilanz ersichtlich, daß in 4 Teilbetrieben, also in der Bestattung, bei der Kunsteisbahn, beim Stadtbad und beim Verkehrsbetrieb meiner Meinung nach Verluste entstanden sind, die sich in Grenzen halten. Insgesamt, zusammengerechnet, sind es 12,2 Mill. S. Der Verlust der Stadtwerke nach Abzug der Gewinne und Rücklagen vermindert sich auf 6,5 Mill. S. Diese Betriebe, meine Damen und Herren, sind wirtschaftlich gut geführt, wie dies aus der Jahresbilanz deutlich ersichtlich

ist. Gewinne natürlich können und sollen sie auch nicht erbringen, obwohl ein bestimmter Auftrag gegenüber der Geschäftsführung besteht, das sich meiner Meinung nach um wichtige kommunale Leistungen für die gesamte Steyrer Bevölkerung handelt. Den höchsten Verlust weisen die Verkehrsbetriebe mit 5,7 Mill. S auf. Ich möchte daran erinnern, daß bereits 1984 ein Verlust von 4,5 Mill. S entstanden ist. Objektiv muß ich allerdings feststellen, daß unsere städtischen Verkehrsbetriebe im Vergleich zu anderen Verkehrsbetrieben in unserem Bundesland attraktiver wurden. Der veraltete Fuhrpark wurde durch moderne Steyr-Busse ersetzt, das Liniennetz erweitert und die Taktzeiten, wie Sie selbst wissen, wenn Sie diese Verkehrslinien benützen, verkürzt. Es gibt aber immer noch eine Reihe von Mängel, und zwar daß Bewohner der Randgebiete der Stadt weiterhin Stiefkinder blieben. Die Vorschläge von mir für die Erhöhung der Attraktivität und der damit verbundenen Fahrgast-Frequenzsteigerung sowie die Wünsche der betroffenen Bevölkerung sind ja den Geschäftsführern, Kollegen Wein und Kollegen Riedler, bekannt. Beide haben sie in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung zugesagt, diese Anregungen zu prüfen und wenn möglich zu realisieren. Allerdings, die Aufgabe von uns als Gemeinderäte ist es, zu erwirken, daß ein höherer Finanzbeitrag aus der sogenannten Nahverkehrsmilliarde den städtischen Verkehrsbetrieben zur Verfügung gestellt wird. Damit könnte nämlich der öffentliche Verkehr gefördert und der Individualverkehr in Steyr auf jeden Fall, so meine ich, positiv zurückgedrängt werden. Ich werde natürlich dem Ziffern- und Zahlenwerk die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Vergleicht man die Jahresbilanz der Stadtwerke 1985 mit der des Jahres 1984, so ergibt sich doch ein verändertes Bild. Sie erlauben mir daher, daß ich aus Vergleichszwecken mit dem Jahre 1984 beginne. Gewinne Krematorium und Leichenhalle, Wasserwerk und Gaswerk von 167.720 S sowie Rücklagen - ich bezeichne das als Gewinne, denn Rücklagen können nur dann gebildet werden, wenn entsprechende Gewinne erwirtschaftet werden - von 8,200.000 Schilling. Dem gegenüber standen Verluste in den Teilbetrieben Verkehrsbetrieb, Bestattung, Stadtbad und Kunsteisbahn von 10,811.482 Schilling. Somit ein Verlust unter Berücksichtigung der Rücklagenbildung von S 2,443.762. Dazu die Zahlen als Vergleich zu 1985. Gewinne Krematorium und Leichenhalle, Wasserwerk und Gaswerk von S 93.588,- sowie Rücklagen, also Gewinne von S 5,650.000,-. Verluste in den Teilbetrieben Verkehrsbetrieb, Bestattung, Stadtbad und Kunsteisbahn von S 12,263.235,-, Das ergibt wieder unter Berücksichtigung der Rücklagenbildung einen Verlust von S 6,519.646,-. Nochmals ein Vergleich mit 1984, da war es ein Gesamtverlust von S 2,443.762,-. Das ist ein Anstieg des Verlustes von rund S 4 Mill.

Diese Verluste 1985 entstanden vor allem in den Bereichen Stadtbad und Verkehrsbetrieb. Die Gründe hat bereits der zuständige Referent Stadtrat Steinmaßl von dieser Stelle aus bekanntgegeben.

Zweifellos, meine Damen und Herren, ist es auch unter guter Führung in fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht nicht möglich, diese Teilbetriebe der Stadtwerke kostendeckend zu betreiben. Abgesehen davon handelt es sich ja um Dienstleistungen an den Bürger unserer Stadt. Ich vertrete die Auffassung, daß diese Dienstleistungen eben entsprechend seitens der Stadt, also aus öffentlichen Steuermitteln, gefördert werden. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist auch unsere Forderung der internen Sanierung bzw. des internen

Ausgleiches der Teilbetriebe der Stadtwerke zu sehen. Jedenfalls ist aber auch ersichtlich, daß wir richtig gehandelt haben, als wir die ständigen Tarifierhöhungen in diesem Bereich abgelehnt haben, denn es hat sich gezeigt, daß diese Erhöhungen keineswegs zu den Mehreinnahmen geführt haben, die man sich erwünscht hat. Im Gegenteil, sie haben eigentlich nur die Bewohner und die Benützer dieser Einrichtungen belastet. Es wäre also wesentlich wirkungsvoller, die Angebote attraktiver zu gestalten, um zu Mehreinnahmen zu kommen. Da bin ich einer Meinung mit Vizebürgermeister Holub, ohne daß ich böse bin, daß er mir etwas weggenommen hat, daß man beispielsweise eine verbesserte Linienführung anstreben sollte, um auf direkterem Weg in das Zentrum unserer Stadt und zurück aus den verschiedenen Stadtteilen zu kommen. Ein Negativbeispiel, Kollege Holub hat es nicht erwähnt, ich wiederhole es, obwohl ich das schon bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung bekanntgegeben habe, ist zweifelsohne der Stadtteil Neuschönau, nämlich Stadtplatz via Ennsleite. Aber auch Kurzstreckentarife, wie man sie in den anderen Städten schon lange hat und kennt, würden sicherlich dazu beitragen, mehr Menschen zu veranlassen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Dadurch würde ein weiterer Vorteil entstehen, der auch heute bereits gesagt wurde, daß nämlich der Individualverkehr auf ein vernünftiges und notwendiges Maß zurückgedrängt werden würde.

Aber auch im Stadtbereich, meine Damen und Herren, könnte man einiges tun. Ich denke da beispielsweise an einen Kombitarif für Benützer des Hallenbades und der Sauna. Sehr viele Familien stoßen sich an den hohen Preisen und nehmen deshalb diese Einrichtungen der Stadt Steyr nicht in Anspruch.

Das waren nur einige Gedanken zur Verbesserung in diesem Bereich. Man würde sicherlich im Interesse der Stadt und vor allen Dingen im Interesse der Bevölkerung diese Änderungen durchführen können.

Dem vorliegenden Zahlenwerk gebe ich die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Eichhübl. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher Kollegen Steinmaßl um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Zur Anregung des Herrn Vizebürgermeisters Holub bezüglich der Abstrukturierung der freien Rücklagen. Das wird in Zukunft so geschehen, daß ab 1986 das Investitionsrücklage heißt

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist ja wieder eine Rücklage!

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Das ist ein klarer Ausdruck. Wir sind natürlich für jede Anregung dankbar, die zur Aufklärung irgendwelcher Dinge führt, die eigentlich gar nicht bestehen.

Zu Deinem Beitrag bezüglich der Bestattungsbetriebe, die ja Verluste gemacht haben. Ein privater Unternehmer hat es natürlich leichter insofern, er braucht keine Sozialfälle übernehmen, die wir zwangsweise übernehmen müssen und die uns fast nichts einbringen. Das ist Nummer eins. Zweitens ist es so, daß die Stadtwerke mehr Veraschungen haben, aber an sich Erdbestattungen gewinnträchtiger sind.

Zur Liquiditätsslage bezüglich der Kennzahlen möchte ich nur eines sagen, daß die gegenüber 1984 immerhin besser geworden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Eigentlich nicht. Wenn man sich die Liquidität ersten Grades anschaut, ist es erheblich schlechter, zweiten Grades gering schlechter.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Aber immerhin besser als 1984.

Zu Kollegen Ramoser möchte ich erläuternd eines feststellen, im Freibad haben wir eine Solaranlage schon seit einiger Zeit und außerdem eine Wärmerückgewinnung, so daß auch dieses Problem als erledigt erscheint. Wenn Du natürlich noch Konzepte hast besonderer Art für den Verkehrsbetrieb, dann sind wir Dir sehr dankbar. Wir werden die Vorschläge sofort in die Tat umsetzen, wenn sie akzeptabel sind.

Kollege Treml, zur Benachteiligung der Randgebiete durch die Verkehrsbetriebe. Wir haben ab 1. Dezember eine Linienführung nach Gleink, wir haben die Takte wesentlich verkürzt. Wenn man den Fahrplan anschaut z. B. noch vor einem Jahr, da waren es halbstündliche Takte, jetzt haben wir daraus eine Viertelstunde gemacht. Es ist natürlich so, jede neue Linienführung erfordert eine Kostenaufwendung, das ist ja klar. Wir können ja nicht mit einem Autobus einen Fahrer ununterbrochen fahren lassen, außer wir ändern die Gesetze, daß er fahren muß. Aber dazu brauchen wir neues Personal, das kostet wiederum Geld, wir brauchen neue Autobusse, auch das kostet wieder Geld. Da frage ich, wer das bezahlen soll.

Kollege Eichhübl, bezüglich des Tarifes für das Stadtbad bzw. Hallenbad und Sauna, möchte ich sagen, das muß man sich einmal anschauen, das kann man sich überlegen. Ich möchte allerdings eines festhalten, daß wir in Steyr den billigsten Tarif haben von unseren Städten.

Abschließend möchte ich sagen, wir stehen sicher nicht auf dem Standpunkt, daß wir die Weisheit mit dem Löffel gegessen haben. Wir sind für jede Anregung dankbar, nur machbar muß sie sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Danke. Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen. Damit ist der Antrag so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster und letzter Antrag betrifft erfreulicherweise eine befristete Arbeitspreissenkung für Erdgas. Der Antrag lautet:

12) ÖAG-4925/81

Stadtwerke

Befristete Arbeitspreissenkung für Erdgas durch die OÖ. Ferngas GesmbH; neuerliche Senkung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer des Gaswerkes Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen?

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 17. November 1986 wird der Gasabgabepreis mit Wirkung ab 1. 6. 1986 wie folgt neu festgesetzt:

1. Haushalt	s/kWh
a) Kochzwecke	0,476
b) a) und Raumheizöfen	0,431
c) a) und Zentralheizung	0,415
2. Gewerbe	
0 - 11.000 kWh	0,487
11.001 - 27.600 kWh	0,455
27.601 - 66.300 kWh	0,447

66.301 - 132.600 kWh	0,431
132.601 - 276.200 kWh	0,415
276.201 - 552.400 kWh	0,409
3. Großabnehmer	
552.401 - 1,100.000 kWh	0,394
1,100.001 - 6.630.000 kWh	0,379
6,630.001 - 16,600.000 kWh	0,345
16.600.001 und darüber kWh	0,280

Zu den obigen Preisen je kWh ist die gesetzliche Umsatzsteuer gemäß Umsatzsteuergesetz 1972 hinzuzurechnen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich war natürlich der Auffassung, was ich in diesem Amtsvorschlag gelesen habe, daß dies schon längst hätte erfolgen müssen, da ja allgemein bekannt ist, daß der Gaspreis wesentlich ins Rutschen gekommen ist. Das war ja bereits um die Jahresmitte, daß weit mehr als der Einstandspreis, der Importpreis, abgesunken ist mindestens um ein Drittel. Das heißt, daß es höchst an der Zeit, daß man hier diese Gaspreisreduzierung durchführt. Insgesamt sind seit 1. 1. 1986 es 18,5 Prozent. Gleichzeitig möchte ich ersuchen, das habe ich auch schon vorgebracht und dürfte erfüllt werden, daß man die Umrechnung der Gaspreise wiederum vornimmt, daß man den Gaspreis wieder mit m³ bezeichnet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Zur Gaspreissenkung muß ich doch etwas sagen. Im Amtsbericht steht, daß der Gaspreis ab 1. 6. in Kraft ist, also rückwirkend. In den Zeitungen ist gestanden Linz hat so und soviel nachgelassen, Wels so und soviel. Das ist bei uns insoferne anders, daß wir schon seit Jahren nie eine Gaspreiserhöhung gehabt haben. Außerdem resultiert das aus dem Arbeitspreis usw. Zu Deiner weiteren Anregung bezüglich der Umstellung auf Kubikmeter in der Verrechnung muß ich eines sagen, das läßt sich erst dann machen, wenn eine Preisregulierung durch die Preisbehörde gegeben ist, daß man da wieder umsteigen kann. In Linz hat man das schon gemacht. Während des Jahres ist das praktisch nicht möglich.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich meine mit Jahresbeginn, wir stehen ja kurz bevor, daß man diese Umrechnung durchführt.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich bin von meinen Direktoren informiert worden, daß das nicht so leicht möglich ist, es muß von der Preisbehörde dazu die Bewilligung eingeholt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Antrag die Zustimmung geben? Danke. Gegenstimmen; Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Zöchling.

Gemeinderat Enöckl verläßt um 16.45 Uhr die Sitzung

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die letzten zwei Anträge des Stadtsenates vortragen und bitte Sie um Ihre Genehmigung.

Der erste Antrag lautet:

13) ÖAG-6824/86

Errichtung eines Pensionistenwohnhauses auf der Ennsleite,
Grundstück 62/12 Kat. Gem. Jägerberg; Grundverkauf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der laut Lageplan des Dipl. Ing. Friedrich Mayrhofer, GZ. 6355, neu gebildeten Grundparzelle 62/12 der EZ. 637 der KG Jägerberg im Ausmaß von 2.766 m² um einen Anerkennungspreis von S 50.000,- (Schilling fünfzigtausend) im Sinne des obigen Amtsberichtes an die GWG der Stadt Steyr, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH wird zugestimmt. Der Verkauf und die Festsetzung des Kaufpreises gelten nur unter der Bedingung, daß die Wohnungsgesellschaft auf dem Grundstück tatsächlich die Errichtung eines etwa 50 Wohneinheiten umfassenden Wohnhauses für betagte Mitbürger unter Inanspruchnahme von Mitteln aus der Wohnbauförderung 1984 durchführt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der zweite und letzte Antrag lautet:

14) Wa-4125/73

Grundinanspruchnahme für die Erweiterung der Mülldeponie; Abschluß eines
Tauschvertrages mit den Ehegatten Paulmayr und Frau Hermine Schedlberger.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. 11. 1986 wird dem Abschluß eines Tauschvertrages zum Zwecke der Sanierung und Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr mit den Ehegatten Anna und Florian Paulmayr, 4407 Steyr-Gleink, Mühlstraße 7, und mit Frau Hermine Schedlberger, 4495 Waldneukirchen 148, zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Frau Hermine Schedlberger übereignet der Stadt Steyr 3.965 m² Grundfläche aus den ihr gehörigen Grundparzellen 1051/1 und 1051/2, je KG Gleink und erhält hierfür 11.164 m² aus den der Stadtgemeinde Steyr gehörigen Grundstücken 344/1 und 344/2 im Tauschwege übereignet. Die Ehegatten Florian und Anna Paulmayr übergeben 1.199 m² Grundfläche aus der in ihrem Eigentum stehenden Grundparzelle 1.046 an die Stadtgemeinde Steyr und erhalten als Gegenleistung 1.664 m² aus den oben angeführten Grundstücken der Stadtgemeinde Steyr.

Da laut Schätzungsgutachten des Dipl. Ing. Josef Mayr die genannten Tauschflächen wertgleich sind, ist von keinem der Vertragsparteien eine Aufzählung zu leisten. Im übrigen gelten die im Amtsbericht der Magistratsdirektion angeführten Bedingungen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so angenommen.

Wir haben damit die Tagesordnungspunkte abgeschlossen und kommen damit zur Aktuellen Stunde. Ich frage die sozialistische Fraktion, ob eine Wortmeldung gewünscht wird? Kollege Pimsl bitte!

Beginn der Aktuellen Stunde: 16.50 Uhr

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die ungünstige Randlage der Stadt Steyr und des Bezirkes Steyr zum öö. Zentralraum wird durch schlechte Verkehrsverbindungen noch verstärkt. Es ist daher seit vielen Jahren das Bemühen der verantwortlichen Mandatäre und auch der Bevölkerung, eine bessere Anbindung an den öö. Zentralraum durch den Ausbau der Straßen, aber auch durch eine Verbesserung der Eisenbahnlinie zu erreichen. Zuletzt haben in einer gemeinsamen Aktion der Bürgermeister unserer Stadt und die Bürgermeister des Bezirkes Steyr versucht, an das Verkehrsministerium heranzutreten, eine bessere Eisenbahnverbindung sowohl was die Erhöhung der Geschwindigkeiten der einzelnen Zugsgarnituren, wie eine zusätzliche Anbindung an St. Valentin durch Möglichkeiten des Zu- und Aussteigens anbelangt, zu erreichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich bitte kurz unterbrechen. Es ist eine Bitte herangetragen worden. Alle Kolleginnen und Kollegen, die mit dem Auto hier sind und im Bereich der Sparkasse parken, sollen sich bitte entfernen. Es findet dort eine Veranstaltung statt und die Parkplätze dort werden benötigt.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, ich hoffe, ich muß meinen Beitrag nicht von vorne beginnen, sondern ich darf dort fortsetzen, wo es darum ging, daß der Bürgermeister unserer Stadt und die Bürgermeister des Bezirkes durch eine entsprechende Forderung an das Verkehrsministerium eine bessere eisenbahnmäßige Anbindung erreichen. Das sollte einerseits durch eine Beschleunigung der einzelnen Zugsgarnituren erzielt werden, wie auch andererseits durch verbesserte Zusteigmöglichkeiten im Bereich von St. Valentin, wie auch die Führung zusätzlicher Triebwagen oder Zugsgarnituren. Nachdem diese Forderung auch vom Land Oberösterreich unterstützt wurde, ist diese gemeinsame Forderung übergeben worden. Es wurde vor wenigen Tagen mit einer einzigen Ausnahme ein abschlägiger Bescheid seitens des Verkehrsministeriums zugestellt. Es ist für mich befremdend, weil mich sehr stark berührt, daß zwar eine technische Verbesserung in der Form ermöglicht wird zukünftig, daß die Zugsgarnituren bis zu einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h verkehren können, daß aber dem dringenden Bedürfnis der Steyrer Bevölkerung und der Wirtschaft, eine bessere Zusteigmöglichkeit in St. Valentin zu erreichen, nicht stattgegeben wurde. Und zwar deswegen nicht stattgegeben wurde, weil man hier meint, daß es genügend andere Möglichkeiten gibt, entweder in Amstetten oder in Linz zu- und aussteigen zu können. Man läßt aber dabei völlig unbeachtet, daß dies mit einem erheblichen Mehraufwand an Zeit verbunden ist und daher die Attraktivität einer solchen Möglichkeit gleich null ist.

Ich bitte daher, sehr geschätzter Herr Bürgermeister, neuerlich im Verein mit den Bürgermeistern unseres Bezirkes an das Verkehrsministerium heranzutreten,

um doch eine wesentliche Verbesserung der verkehrsmäßigen Anbindung des Eisenbahnverkehrs zu erreichen.

Ich bin der Auffassung, daß, wenn es möglich ist, in Amstetten etwa zwanzig Verbindungen in beiden Richtungen zu haben, und zwar nach Wien oder Salzburg, wo eine Zusteigmöglichkeit besteht, und in St. Valentin in einer Richtung ganze drei in 24 Stunden und in der anderen 4 in 24 Stunden gegeben sind, so ist das überhaupt kein Vergleich für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bezirkes. Ich glaube, daß man hier sehr wohl überlegen kann und nicht erst warten soll, bis das Konzept Bahn 2000 verwirklicht wird, sondern daß es sehr wohl möglich ist, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, in Linz und Amstetten auch zwischendurch eine bessere Anbindung zu erreichen.

Es wäre meiner Meinung nach alleine schon dadurch möglich, indem man alternativ versucht, weg von Amstetten in St. Valentin die eine oder andere Zugsgarnitur halten zu lassen und dafür in Amstetten aufzulassen. Gerade der Bezirk Amstetten ist ja sehr stark nach St. Valentin ausgerichtet und die wirtschaftlichen Aktivitäten spielen sich vielfach im St. Valentiner Bereich ab.

Ich bitte daher nochmals, Herr Bürgermeister, im Interesse der Stadt und des Bezirkes, neuerlich Aktivitäten gemeinsam mit den Bezirken und vor allem mit den Bürgermeistern zu setzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für diesen Beitrag. Ich darf als Bürgermeister dazu Stellung nehmen.

Ich glaube und danke für diese Aufforderung, daß es wirklich nicht nur ein Problem unserer Stadt, sondern der Region ist. Ich werde also gemeinsam, so wie es Kollege Pimsl angeregt hat, mit den Bürgermeisterkollegen aus der Umgebung diese Bestrebungen unterstützen. Ich bin sicher, daß es da keinerlei unterschiedliche Auffassungen gibt, sondern jeder Bürgermeister diese Bestrebungen unterstützt. Ich werde neuerlich dem neuen Verkehrsminister, der sicher auch der alte sein kann, das weiß man ja noch nicht, diese unsere Vorstellungen und Wünsche unterbreiten und vortragen. Ich werde das schriftlich wie auch mündlich machen.

Zu diesem Thema seitens der ÖVP? Keine Wortmeldung. Seitens der GAL? Bitte.

Gemeinderat Wolfgang Wieser verläßt um 17 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr begrüßt natürlich sehr, daß Kollege Pimsl den Ausbau des Zugnetzes bzw. der Zugverbindungen anstrebt und dies mit allen anderen Beteiligten betreibt. Es ist für die Stadt Steyr von größter Wichtigkeit, daß diese Zugverbindung, für mich noch unvorstellbar, aber vielleicht doch in einem durchführbaren Maß, z. B. in der Zweigleisigkeit, durchgeführt wird. Daß endlich die Stadt Steyr angebunden wird an ein Netz, das man so dringend braucht. Ich möchte mich aber ganz vehement und sehr ausdrücklich gegen den Ausbau der Straßen wenden. Eine neuerliche Zerstörung der Umwelt, verbunden mit dem Straßenbau, verbunden mit den Emissionen, die die Kraftfahrzeuge dann vermehrt ausstoßen werden. Vermehrt durch den neuerlichen Anreiz, Individualverkehr noch zu vergrößern, zu verbreitern, zu verherrlichen. Dadurch muß ja unser Wald sterben. Jede Maßnahme, die man setzt, um den Wald zu retten, wird durch solche Maßnahmen zerstört. Wenn wir nicht zur Überlegung kommen, daß man den Individualverkehr einschränken muß, daß man versuchen muß, den Autoverkehr herauszunehmen, hinzulegen auf den Schienenverkehr. So lange man das Auto,

das goldene Kalb, nicht entmachtet, so lange wird es keine Möglichkeit geben, das Waldsterben zu verhindern. Es wird keine Möglichkeit geben, unsere Natur zu schützen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Ramoser für seinen Beitrag. Kollege Treml für die kommunistische Partei, bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Pimsl hat natürlich mit Recht unsere Randlage angeschnitten, daß wir schon Vorschläge unterbreitet haben im Zusammenhang mit dem Budget 1987. Natürlich angelehnt an ein von uns beschlossenes Entwicklungskonzept aus dem Jahre 1984, wo wir besonders diese Randlage beschreiben und gemeinsam verlangen von der Bundesregierung, aber auch von der Landesregierung, daß Maßnahmen gesetzt werden, damit Steyr verkehrsmäßig an den Zentralraum Oberösterreich angebunden werden soll. In erster Linie ist es notwendig, auch für unsere Arbeiter und Angestellten, die zum Arbeitsplatz pendeln müssen, und zweitens aus wirtschaftlichen Gründen dies notwendig sei. Dazu gehört natürlich auch der Ausbau der Straße von Steyr zur Autobahn, vor allem aus Sicherheitsgründen. Wenn es Kollegen Ramoser überhaupt nicht interessiert, so möge er sich die Statistik näher ansehen, wieviele Schwerverletzte und Tote es besonders im Bereich zwischen Steyr und Enns gibt. Es gibt ja eine Reihe örtlicher Zeitungen, wo man sich informieren kann und besonders mußte ich bedauerlicherweise auch in der Vorwoche wieder sehen, wenn durch junge Menschen aufgrund der schnellen Fahrweise, aber natürlich auch durch die Engheit der Straßen Verkehrsunfälle hervorgerufen werden. Man steht dort, schneidet den Gurt ab, aber man kann nicht helfen. Oder wie es mir ergangen ist im letzten Jahr, daß ich zu drei schweren Unfällen dazukam, wobei es zwei Tote gab, darunter auch ein Kollege aus den Steyr-Werken, nämlich der Fahrer vom Steyr-Werk. Daher glaube ich, daß aus Sicherheitsgründen größere Anstrengungen wie bisher gemacht werden müssen, daß endlich die bestehende Straße, die S 37 ist sowieso schon lange eingegraben, begradigt und erweitert wird, damit mehr Sicherheit gewährleistet ist.

Das angeschnittene Problem von Kollegen Pimsl, daß man besonders die Eisenbahnverbindung von Steyr nach St. Valentin oder auch nach Linz verbessern müßte, ist auch in diesem Vorschlag von mir beinhaltet, daß man zumindest hier auch taktmäßig eine Verbesserung erreichen müßte zwischen der Stadt Steyr und Linz. Weiters glaube ich, wir haben auch einen diesbezüglichen Antrag bei der letzten Vollversammlung durch den GLB, wo ich nicht vertreten bin, einbringen lassen, daß sich auch die Arbeiterkammervollversammlung verstärkt einsetzen müßte, daß auch die Expreßzüge, Schnellzüge, verstärkt in St. Valentin anhalten, um so auch die Verbindung nach Steyr und umgekehrt, zu erfüllen. Ich glaube daß man, wie auch Bürgermeister Schwarz schon angeführt hat in seiner Zwischenwortmeldung, einmal wegkommen sollte von den vielen Reden und vom Anregungenmachen, sondern man muß endlich verstärkt Handlungen setzen. Es gibt ja Versprechungen, es waren Minister in Steyr und ich war selbst anwesend, als Versprechungen gemacht wurden. Z. B. von Bautenminister Übleis, der hat, als er das letzte Mal hier war, gesagt, er wird auf jeden Fall alle Maßnahmen setzen, daß dies beschleunigt durchgeführt wird. Leider ist das nicht erfolgt. Man muß an diese Versprechen anknüpfen, die in unserer Stadt Steyr bei besonderen Anlässen gegeben werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag.

Ich frage jetzt die österreichische Volkspartei, ob sie zur Aktuellen Stunde einen Beitrag wünscht? Das ist nicht der Fall. GAL? bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte noch einmal auf ein leidliches Thema zu sprechen kommen, nämlich auf die Umwelt- und Luftverschmutzung. Eine Interessentengemeinschaft gegen die Luftverschmutzung hat sich in Münchenholz gebildet, drei Leute zeichnen hierfür verantwortlich. Ein Brief wurde an den Herrn Bürgermeister, an die ÖVP, an die FPÖ, an die KPÖ und an die GAL gerichtet. Ich möchte diesen Brief kurz verlesen, denn für mich ist das sehr sehr wichtig.

Schon seit einiger Zeit betreibt die Firma Schrott- und Altmittel, Zirerstraße 9, ein das Wohngebiet belastendes Verfahren der Rohstoffrückgewinnung. In einem mit Altöl beheizten Ofen wird die Kunststoff-Ummantelung elektrischer Kabel in großen Mengen abgebrannt und flüssiges Kupfer bzw. Aluminium abgegossen. Dies wurde von der Polizei Steyr, Wachzimmer Münchenholz, aufgrund einer Beschwerde über starke Rauchentwicklungen am 23. 10. an Ort und Stelle festgestellt. Auch der zweimalige Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr am 2. 12. und am 15. 4. um 4.30 Uhr bestätigte das Abbrennen von Kabeln. Die dabei laufend freigesetzten giftigen Schadstoffe stellen für die Bewohner der anliegenden Siedlungen Hinterberg und Münchenholz neben einer beißenden Geruchsbelästigung nach verbranntem Kunststoff vor allem eine Gefährdung der Gesundheit dar. Wir fragen demnach an, ob die Anlage der Firma Schrott- und Altmittel für die Abbrennung der Kunststoff-Ummantelungen konzessioniert ist oder den feuerpolizeilichen Vorschriften sowie den Verordnungen der Feuerpolizei hier Rechnung getragen wird. Wir machen uns darüber Sorgen und wir verwehren uns mit Nachdruck gegen eine Kunststoff-Verbrennungsanlage im Nahbereich eines Wohngebietes von 10.000 Einwohnern.

Als den für den Umweltschutz verantwortlichen Politiker der Stadt Steyr ersuchen wir Sie, Herr Stadtrat Pimsl, unsere berechtigten Interessen wahrzunehmen und Abhilfe zu schaffen. 17 Listen mit 250 Unterschriften wurden beigelegt. Die Stadtgemeinde reagierte über Stadtrat Pimsl, die Berechtigung und Bewilligung zum Abbrennen der Ummantelungen von teergetränkten Kabeln wurde entzogen. Für mich ist nur fraglich, wie weit muß der Bewohner gehen, wenn eine polizeiliche Meldung beim Magistrat vorliegt, zwei feuerpolizeiliche Meldungen und es wird nichts gemacht. Dann kommt es zu einer Unterschriftensammlung, wobei 200 Unterschriften gesammelt werden und hier wird dann von Stadtrat Pimsl ein Verfahren eingeleitet, wo dann die Berechtigung und Bewilligung zum Abbrennen dieser Kabeln entzogen wird.

Seit Jahren gibt es aber keine teergetränkten Ummantelungen, sondern nur mehr Kunststoff-Ummantelungen für Kupferkabel. Darum ist jetzt die Frage, wenn man eine Berechtigung entzieht, die schon jahrelang nicht mehr in Anwendung war, wie weit kann man dann einen Übelstand abstellen? Die zweite Frage, warum wurde die Bewilligung nicht schon früher entzogen? Die dritte Frage, wie wollen Sie kontrollieren, daß die Firma nicht neuerlich Kabeln abbrennt? Besitzt diese Firma noch immer die Anlage zur Abbrennung, zum Schmelzen von Aluminium und Motorgehäusen, in denen noch Öl aufhältig ist und anderen Aluminiumteilen? Nach Aussage der Firma wird das in den Motorgehäusen verbleibende Öl natürlich mitverbrannt. Was gedenken Sie, dagegen zu tun? Außerdem gibt es ständige Beschwerden, neuerliche Beschwerden, weil dort immer wieder Rauchentwicklung feststellbar ist. Frage, Herr Stadtrat Pimsl, wäre es nicht möglich, in diesem Bereich über einen gewissen Zeitraum eine Luftmeßstelle zu errichten, um damit den wirklichen Verursacher feststellen zu können?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der sozialistischen Fraktion hat sich dazu Herr Stadtrat Pimsl gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Zum Thema, meine Damen und Herren, der Luftverunreinigung durch eine in der Haager Straße ansässige Firma ist eines richtig. 250 Unterschriften wurden mir übergeben durch eine Delegation betroffener Bürger in der unmittelbaren Umgebung. Diese Unterschriftenaktion wurde durchaus zurecht gegen einen Übelstand gerichtet, der vorhanden ist, wie sich heute zeigt. Nicht mehr ganz genau mit der Wahrheit nimmt man es allerdings bei den weiteren Vorgängen. Es steht eines außer Frage, daß die Betriebsbewilligung für die geschilderte Arbeit vorhanden ist und auch immer wieder seitens der Gewerbebehörde überprüft wurde. Es stimmt aber auch, das haben mir die Unterschriftensammler und diese Kommission geschildert, daß mehrfach bei der Polizeiwachstube Münichholz nicht nur Meldung gemacht wurde, sondern nach Ihren Aussagen auch Anzeige erstattet wurde. Ich kann Ihnen versichern und das ist überprüfbar, daß keine Anzeige dem Magistrat Steyr in der letzten Zeit zugeleitet wurde. Kollege Ramoser macht es sich wirklich ein bißchen leicht, denn er schildert, wie sehr hier die betroffene Bevölkerung ständig die Organe der Polizei auf diesen Übelstand aufmerksam gemacht hat. Ich frage, wo die Anzeigen verblieben sind?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das ist eine Beschuldigung.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das ist keine Beschuldigung, es ist eine Frage, weil Du, Herr Gemeinderat Ramoser, erklärt hast, daß hier sehr wohl entsprechende Meldungen ergangen sind. Du kannst Dich überzeugen, daß keine einzige Anzeige gemacht wurde. Die Betreiber behaupten, sie hätten mehrmals Anzeige gemacht bei der Polizei. Das ist die eine Aussage. Ich habe hier nichts gesagt, was jemanden verdächtigt, etwas Falsches getan zu haben, sondern ich stelle nur Fakten fest. Zweitens ist sehr wohl sofort nach Bekanntwerden des Übelstandes vom Magistrat Steyr entsprechend gehandelt worden in der Form, daß sehr wohl der Betriebsleiter dieser Firma vorgeladen wurde schon vor dieser Unterschriftensammlung. Ihm wurde geschildert, was tatsächlich dort passiert und ich habe mittlerweile versucht, andere Hinweise zu bekommen zur dortigen Situation. Es hat sich gezeigt, daß die Firma die betrieblichen Auflagen nicht erfüllt, daß aber auch, das sei fairerweise hinzugefügt, zur Zeit der Betriebsbewilligung nicht diese Auflagen erteilt wurden, die heute verlangt und auch eingehalten werden in der Regel. Daß hier ein gewisser Zwischenstand zwischen alten Betriebsbewilligungen und der jetzigen Abgabe von Abgasen, die die Luft nicht nur beeinträchtigen, sondern tatsächlich auch gesundheitsschädigend sein können, ist, ist sicherlich nicht wegzuleugnen. Dann muß aber jede Betriebsbewilligung nach dem neuesten Stand überprüft werden und dann kommt es unter Umständen zu ganz beträchtlichen Betriebsstillegungen. Das sollte man dabei nicht unberücksichtigt lassen, weil man redet sich ja leicht in einer Tätigkeit, die mit Wirtschaft oder Arbeitsplätzen nicht sehr viel zu tun hat. Da sieht man die Probleme manches Mal etwas anders.

Nochmals, ich glaube, das wurde auch vom Anfragesteller anerkannt, daß sofort nach Bekanntwerden der hier angeführten Beschwerden gehandelt wurde, diese Handlung im Sinne unserer Möglichkeiten durchgeführt wurde, daß natürlich diese Betriebsanlage dort besteht und es ist keine Auflage erteilt worden, um diese Betriebsanlage zu entfernen. Es wurde bescheidmäßig eine Stilllegung verlangt, diese Stilllegung wurde auch vom Betriebsleiter dieser Firma zur Kenntnis genommen. Ein Einspruch gegen diese Stilllegung ist bis heute nicht erfolgt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP? Kein Beitrag.

Ich glaube, es ist bescheidenmäßig alles erledigt. Wenn der entsprechende Bescheid die Firma erreicht hat, werden sicherlich die nötigen Schritte gesetzt werden.

Kollege Tremel dazu!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich will jetzt keinen Seitenhieb austeilen, muß aber von Kollegen Ramoser doch einiges richtigstellen. Er ist ja sicher nicht der Parteisekretär der kommunistischen Partei und weiß über den Briefeingang der KPÖ aber scheinbar genau Bescheid. Die KPÖ hätte einen Brief bekommen, dazu muß ich Dir sagen, die KPÖ oder auch ich haben keinen solchen Brief erhalten, weil ich ihn auch überhaupt nicht brauche. Wenn Kollege Ramoser besser zugehört hätte bei der GR-Sitzung, die am 30. Oktober stattgefunden hat, da hat die KPÖ-Fraktion dieses Problem hier angeschnitten. Aber es hat Kollegen Ramoser nicht interessiert, er hat uns etwas von den Bäumen erzählt und nicht von den Problemen, die besonders die Bewohner in Münchenholz, Abschnitt III, betroffen haben.

Ich möchte richtig feststellen, daß, bereits bevor ich in Kenntnis gesetzt wurde telefonisch, ein Polizist aus dem Wachzimmer Münchenholz eine Meldung, keine Anzeige, er hätte eine Anzeige machen müssen oder können, aber er hat nur eine Meldung durchgeführt. Ich habe dies hier erhärtet dadurch, daß ich dieses Problem angeschnitten und verlangt habe, daß Maßnahmen gesetzt werden, daß diese Luftverschmutzung im Gewerbebetrieb in der Haager Straße überprüft wird und daß dort Abhilfe geschaffen wird. Natürlich, wie es meine Art ist, nicht nur reden, sondern auch handeln, habe ich ständig genau überprüft, wie weit hier Umweltschutzmaßnahmen vom Amt erfüllt werden. Der zuständige Bedienstete, Kollege Gergelyfi, hat mich auch diesbezüglich informiert, daß man Maßnahmen setzt, dort diese Betriebsbewilligung, die im Jahre 1972 gegeben wurde, zu überprüfen und auch die Anlage zu überprüfen. Darauf hin wurde die Firma, ich kann sie hier aussprechen, Löw, um nicht zu sagen Gebeshuber. Das wird immer wieder verwechselt, weil diese Firma auf dem gleichen Grundstück etabliert ist. Hier wurde mir mitgeteilt, daß man überprüft hat, die Vorladung erfolgte und auch die Stilllegung dieser Anlage amtlich festgelegt wurde.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man soll Dinge, die hier im Gemeinderat gesagt werden, schneller verfolgen. Nicht daß es dann zu Unterschriftensammlungen kommt, zu Unwillensbildungen usw. der Bevölkerung. Das sind Anregungen von der Bevölkerung, die uns helfen sollen bei unseren Aktivitäten, um die Bevölkerung vor Umweltbelastung zu schützen. Ich glaube, ich habe damit richtiggestellt, wie die Sachlage wirklich war.

Nur eine kurze Bemerkung dazu. Ich dürfte auch bei der letzten GR-Sitzung falsch verstanden worden sein, als ich im Zusammenhang mit den Umweltbelastungen auf die Verbrennungsanlage Krankenhaus hingewiesen habe. Mir wurde gesagt, es ist alles in Butter, es ist alles in Ordnung. Ich kann Ihnen noch einmal sagen, es ist nicht in Ordnung, auch nicht mit der vorgesehenen Problemmülldeponierung. Ich habe noch einmal, das sage ich ganz offen hier im Gemeinderat, von Amts wegen verlangt, daß man diese Verbrennungsanlage, diese Betriebsbewilligung, die man gewährt - da ist die Stadt Steyr zuständig - überprüft und gleichzeitig Abgasmessungen durchführt. Sie wissen ja, daß durch die Verbrennung, trotzdem ich das 1 1/2 Jahre lang aufgezeigt habe, Material verbrannt wurde, womit Salzsäure freigesetzt wurde. Natürlich ist Dioxin dabei mit vermischt. Die Bewohner nicht nur dieses Gebietes da draußen waren davon betroffen, sondern durch den hohen Schornstein und bei entsprechendem Wind, war die ganze Stadt in Mitleidenschaft gezogen. Ich möchte auch das heute in diesem Zusammenhang sagen, daß hier Maßnahmen gesetzt werden sollen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nachdem Kollege Tremml erklärt hat, daß er keinen eigenen Beitrag hat, sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angelangt.

Ich darf Ihnen der Ordnung halber mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtausmaß von S 918.700,- zur Kenntnis genommen hat und daß mit den Verhandlungsgegenständen ein Betrag von

S 1,810.600,- beschlossen wurde. Insgesamt also ein Betrag von S 2,731.300,- heute hier im Gemeinderat zur Verhandlung gekommen ist.

Ich danke Ihnen für die Teilnahme und die Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.25 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Enöckl e. h.
Wolfgang Wieser e. h.